

Kulturkonferenz Sachsen-Anhalt e.V. **Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2021**

Vorbemerkung

Wie schon zur vergangenen Landtagswahl 2016 hat die Kulturkonferenz Sachsen-Anhalt e.V. auch diesmal allen im Landtag vertretenen Parteien sowohl übergreifende als auch spartenspezifische Fragen gestellt. Das vorliegende Konvolut umfasst die eingereichten Antworten und soll als Orientierung der kulturpolitischen Ausrichtungen dienen.

Kulturkonferenz Sachsen-Anhalt e.V.

c/o Landesverband der
Musikschulen Sachsen-Anhalt e.V.
Breiter Weg 31
39104 Magdeburg
Tel.: 0391/7272780
Fax: 0391/72727829

Inhalt

Übergreifende Fragen	3
Landeskulturhaushalte	3
Evaluation der Kulturpolitik	4
Geschäftsstelle Kulturkonferenz	5
Fördermittelzusage	6
Längerfristige Finanzierungszusagen	8
Fünfjährige Haushaltsvereinbarungen	9
Strukturwandel	10
Kulturförderfonds	11
Vermeidung prekärer Beschäftigung	12
Künstlerhilfe in Krisensituationen	13
Theater und Orchester	14
Hilfsprogramm für Theater	14
Fünfjährige Finanzierungszusage	15
Flächentarifvertrag	16
Museen	17
Kulturelle Bildung und Populärmusik	20
Musikschulen	20
Studie zur Musik- und Popmusikwirtschaft	21
Kompetenzzentrum Populärmusik	22
Institutionalisierung von „local heroes“	23
Zukunft FSJ-Kultur	24
Bürgermedien	25
Sicherung der Bürgermedien	25
Bibliotheken	26
Netzwerkarbeit von Bibliotheken mit Unterstützung des DBV- Landesverbandes ST	26
Förderung der öffentlichen Bibliotheken - Ausbau elektronischer Dienstleistungen und Digitalisierung	27
Literatur- und Informationsversorgung der öffentlichen und wissenschaftl. Bibliotheken	30
Literatur	32
Literaturförderung allgemein	32
Literaturförderung für weitere Bevölkerungsgruppen	32
Literaturförderung der Kunststiftung Sachsen-Anhalt	33
Klopstock-Preis	34
Aufwandsentschädigung für Ehrenamt	35
Literatur und Kulturtourismus	36
Zuwendungschancen bundesweite Kulturförderung	37
Verlagswesen Sachsen-Anhalt	38
Traditions- und Heimatpflege sowie ehrenamtliches Engagement	39
Pflege der Traditionen – Identitäts- und Haltefaktor	39
Pflege des kulturellen Erbes – sozialer und integrativer Faktor	39
Immaterielles Kulturerbe in Sachsen-Anhalt	41
Pflege der Kulturlandschaften – Lebensgrundlage für zukünftige Generationen	42
Nachhaltigkeit	43
Pflege der sprachkulturellen Traditionen	44
Demografie	45
Überarbeitung Landeshaushaltsordnung zur Fördermittelbeantragung	46
Bildende Kunst	47
Ländlicher Raum und kulturelle Teilhabe	52
Regionalspezifische Förderinstrumente	52
Zwischennutzung von Leerständen	53
Sicherung kultureller Teilhabe	54
Barrierefreiheit	55

Übergreifende Fragen

Landeskulturhaushalte

*Die Kulturhaushalte des Landes Sachsen-Anhalt werden regelmäßig beschlossen, ohne die Kulturkonferenz als spartenübergreifenden Dachverband zu den jeweiligen Haushaltsentwürfen angehört zu haben. Die dadurch gesetzten Förderungsprioritäten entsprechen deshalb nicht immer dem eigentlichen Bedarf der Kulturakteur*innen.*

1. Wie möchte Ihre Partei die Expertise der Kulturkonferenz für die Exekutive und Legislative in der kommenden Legislaturperiode integrieren?

CDU

Die CDU steht für einen regelmäßigen Austausch mit der Kulturkonferenz, um so frühzeitig Anliegen der Kulturkonferenz in die Arbeit von Exekutive und Legislative einfließen zu lassen.

SPD

Den Entwurf des Landeshaushaltes erstellt die Landesregierung und legt ihn dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vor. Das Parlament berät in den jeweiligen Fachausschüssen und im Finanzausschuss den Entwurf und beschließt den Haushaltsplan. Stellungnahmen zu den Haushaltsentwürfen werden von einzelnen Fachverbänden eingeholt, aber die Entscheidung obliegt allein den Abgeordneten und den jeweiligen Ausschüssen. Die Kulturverbände, Institutionen und Akteur*innen kennen und vertreten die Interessen ihrer Mitglieder am besten und sollten stärker als bisher in die Abstimmungsprozesse einbezogen werden. Die SPD vertritt den Ansatz einer langfristig gestalteten partizipativen Kulturpolitik auf Augenhöhe mit den Akteur*innen. Dazu sollte gemeinsam ein Netzwerk zwischen Akteur*innen, Verbänden aber auch der Verwaltung geschaffen werden, in dem alle Teilnehmer*innen gleichberechtigt in Austausch und Dialog treten, um Erwartungen, Ziele und Umsetzungsprozesse zu diskutieren, zu entwickeln und umzusetzen. Welche Form ein solches Netzwerk (Runder Tisch, Kulturrat, Kulturbeirat, Konferenz etc.) annehmen könnte, sollte von allen Beteiligten gemeinsam entwickelt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Im Sinne einer Priorisierung von Förderungen, aber auch einer Priorisierung in Sinne der generellen Ausrichtung der Kulturen Sachsen-Anhalts wäre es begrüßenswert, mit der Kulturkonferenz, als Vertreterin der Kulturschaffenden insgesamt, verstärkt ins Gespräch zu kommen.

DIE LINKE

Die nachhaltige Weiterentwicklung der Kunst- und Kulturszene Sachsen-Anhalts gelingt aus unserer Sicht nur unter Einbeziehung der Fachexpertise der Landesdachverbände, deren Basis eine gesicherte Landesfinanzierung sein sollte. Eine Interessenvertretung der Spartenverbände ähnlich dem Thüringer Kulturrat trägt zu einer fruchtbringenden Kommunikation zwischen Kunst- und Kulturschaffenden, Verwaltung und Kulturpolitik bei. Die Möglichkeiten einer Integration dieser Beratungsinstanz wollen wir in der nächsten Legislaturperiode mit der Kulturkonferenz entwickeln.

AfD

Die Kulturkonferenz hat 2016 den Einzug der AfD in den Landtag von Sachsen-Anhalt zum Anlaß genommen, eine Erklärung gegen „heimattümelnde Parolen“ zu veröffentlichen. In dieser Resolution wird nicht nur die identitätsstiftende Wirkung von Kunst und Kultur erkannt; Kunst und Kultur werden auch parteipolitisch vereinnahmt. Damit hat sich dieser Verband als Berater der Kulturpolitik disqualifiziert. Im Übrigen: Diese *-Schreibweise ist lächerlich.

Evaluation der Kulturpolitik

2. Erachten Sie es vor dem Hintergrund des in der laufenden Legislaturperiode Erreichten, aber auch nach wie vor existierender Defizite als notwendig, die Kulturpolitik des Landes zu evaluieren? Wie werden die Kulturkonferenz und die betroffenen Kultur- und Künstlerverbände in diese mögliche Evaluation miteinbezogen?

CDU

Die CDU unterstützt grundsätzlich eine Evaluation der Kulturpolitik in ihren unterschiedlichen Bereichen. Überall dort, wo Konzepte angewandt und umgesetzt wurden, müssen diese auf ihre Plausibilität, Effizienz und Zielorientiertheit überprüft werden. Sofern eine Evaluation stattfindet, wird die CDU dafür sorgen, dass die betroffenen Verbände und Institutionen einbezogen werden.

SPD

Eine Evaluation der Kulturpolitik ist ein komplexer Interaktionsprozess der verschiedenen Ebenen und Akteur*innen sowie von Erwartungen, Zielen, Ergebnissen und Förderstrukturen. „Die“ Kulturpolitik gibt es nicht, sondern Themen, Genres, Erwartungen und definierte Ziele, die in einem Koalitionsvertrag, Kulturentwicklungsplan oder in Zielvereinbarungen mit Einrichtungen oder Verbänden festgehalten werden. Diese gilt es mit den Akteur*innen gemeinsam weiterzuentwickeln, regelmäßig zu überprüfen und Maßnahmen ggf. zu überdenken und anzupassen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es braucht außerdem eine grundlegende Reform der Förderrichtlinien sowie eine Überprüfung der institutionell geförderten Institutionen. Diese Evaluierung soll unter Einbeziehung der relevanten Akteur*innen realisiert werden. Künftig wollen wir für landesweit bedeutsame Kunst- und Kultureinrichtungen eine fünfjährige strukturelle Förderung gewährleisten. Dies schafft Planungssicherheit bei den Akteur*innen und fördert die Qualität der Arbeit.

DIE LINKE

Die regelmäßige Evaluation von Projekten, Programmen, Strategien und Institutionen im Kulturbereich gehört für DIE LINKE zu einer kulturpolitischen Notwendigkeit und ist Bestandteil der Qualitätssicherung unserer kulturpolitischen Strategie. Die Einbindung der Dach- und Fachverbände, zu denen auch die Kulturkonferenz als spartenübergreifender Zusammenschluss zählt, ist für DIE LINKE eine Selbstverständlichkeit.

AfD

Nein. Evaluationen bedeuten in aller Regel nur mehr sinnlose Bürokratie. Wenn Kulturförderpolitik wirkt, dann braucht man keine Evaluation, um das zu erkennen.

Geschäftsstelle Kulturkonferenz

Seit dem Gründungsjahr der Kulturkonferenz 2013 findet zusammen mit dem Sächsischen Kultursenat und dem Kulturrat Thüringen e.V. jährlich die Mitteldeutsche Kulturklausur statt, in der sich über die jeweiligen kulturpolitischen Entwicklungen der Bundesländer ausgetauscht wird. Im Unterschied zu den anderen beiden Kulturdachverbänden ist jedoch die Kulturkonferenz Sachsen-Anhalt ein rein ehrenamtliches Gremium, dessen Wirkung einzig auf dem Engagement Einzelner basiert. Vieles von dem, was die Kulturkonferenz plant – die Veranstaltung regelmäßiger Podiumsdiskussionen zu zentralen kulturpolitischen Themen, mehrmals jährliche Jour-fixe-Termine mit dem Kulturminister oder das Abfassen von Kulturberichten im 2-Jahres-Turnus – konnten darum bisher nicht realisiert werden.

- 3. Beabsichtigt deshalb Ihre Partei, eine Geschäftsstelle der Kulturkonferenz Sachsen-Anhalt e.V. vergleichbar zum dem Thüringer Kulturrat e.V. zu fördern oder entsprechend dem Vorbild des Freistaats Sachsen ein vergleichbares Gremium auf gesetzlicher Grundlage einzurichten?**

CDU

Die CDU wird in der 8. Wahlperiode prüfen, ob eine Geschäftsstelle der Kulturkonferenz Sachsen-Anhalt e.V. vergleichbar zum dem Thüringer Kulturrat e.V. gefördert oder ein entsprechend dem Vorbild des Freistaats Sachsen vergleichbares Gremium auf gesetzlicher Grundlage eingerichtet werden kann.

SPD

Die SPD vertritt den Ansatz einer langfristig gestalteten partizipativen Kulturpolitik auf Augenhöhe mit den Akteur*innen. Dazu sollte gemeinsam ein Netzwerk zwischen den Akteur*innen, Verbänden aber auch der Verwaltung geschaffen werden, in dem alle Teilnehmer*innen gleichberechtigt in Austausch und Dialog treten, um Erwartungen, Ziele und Umsetzungsprozesse zu entwickeln. Welche Form ein solches Netzwerk (Runder Tisch, Kulturrat, Kulturbeirat, Konferenz etc.) annehmen kann, sollte gemeinsam entwickelt werden. Einen alleinigen Vertretungsanspruch der Kulturkonferenz für den gesamten Kulturbereich sehen wir derzeit nicht. Aus unserer Sicht vertritt die Kulturkonferenz nur einen kleinen Ausschnitt der vielfältigen Akteur*innen im Kulturbereich.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir unterstützen das Vorhaben, ein Gremium wie die Kulturkonferenz, das als Vertretung der gesamten Kulturbranche Sachsen-Anhalts sprechen kann, fest zu installieren und dies auch gesetzlich zu fixieren.

DIE LINKE

Siehe Antwort auf Frage 1.

AfD

Nein. Begründung siehe die Antwort zu Frage 1.

Fördermittelzusage

Zwischen der Beantragung (September) und der Gewährung von Fördermitteln im Kulturbereich vergeht in der Regel mehr als ein halbes Jahr. Dies behindert die Realisierung von Projekten, die auf einen Zuwendungsbescheid gleich zu Beginn eines Jahres angewiesen sind.

4. Wie wollen Sie diesen Zeitraum verkürzen oder transparent machen, warum die Bearbeitung einen solch langen Zeitraum erfordert?

CDU

Eine Ausreichung von Fördermitteln ist grundsätzlich erst mit der Bekanntgabe des Haushaltes möglich. Der Haushalt für das kommende Jahr wird in der Regel aber erst im Herbst des Vorjahres (in der Regel im Dezember) durch den Landtag beschlossen. Eine frühere Ausreichung des Zuwendungsbescheides ist daher nicht möglich. Die Exekutive weiß erst Anfang des Jahres, welche Titel/Gelder beschlossen wurden. Die CDU wird in der kommenden Wahlperiode prüfen, inwieweit unter Berücksichtigung der haushaltsrechtlichen Vorschriften im Falle eines Doppelhaushalts zweijährige Förderzusagen für bestimmte Projekte möglich sind.

SPD

Die Bearbeitung von Fördermitteln obliegt dem Landesverwaltungsamt. Die finale Fördermittelzusage verhindert nicht die Durchführung eines Projektes, wenn ein vorzeitiger Maßnahmebeginn beantragt wird. Wir sind uns der mitunter recht langen Bearbeitungszeiten im Verwaltungsablauf bewusst und werden uns die Gründe dafür nochmal genauer ansehen, um ggf. personell zu verstärken oder die Abläufe zu vereinfachen. Wir setzen uns darüber hinaus für eine Modernisierung der Förderinstrumente und der Zuwendungspraxis sowie für eine Vereinfachung der Antrags- und Abrechnungsverfahren ein. Dies sollte zusammen mit den Akteur*innen, Vereinen und Verbänden entwickelt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dieser Missstand muss in der kommenden Legislatur geprüft und transparent gemacht werden. Nur so können Vorschläge zur Vereinfachung sowohl bei der Beantragung als auch bei der Bearbeitung der Fördermittelanträge entwickelt werden.

DIE LINKE

Ziel unserer Kulturpolitik ist die Entbürokratisierung der Verwaltungsprozesse. Um diese zu erreichen werden wir die Anwendung von Festbetragsfinanzierungen bei der Vergabe von Kulturfördermitteln verbindlich gestalten, den Einsatz von unabhängigen Fachjurs vorantreiben, verbindliche Verfahren und Standards bei der Einbindung der Fachverbandsstrukturen bezüglich Beratung von Antragsstellern und Vergabe von Fördermitteln festlegen sowie überjährige Förderungen, weniger Projektorientierung und eine Ausdifferenzierung der Förderinstrumente in den verschiedenen Kultursparten festschreiben. Mit diesen Instrumenten werden wir eine deutliche Verkürzung der Antragszeiträume erreichen. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob die zweimalige Antragsstellung im Haushaltsjahr umsetzbar ist. Hier wäre eine Veränderung der rechtlichen Stellung der Landesdachverbände denkbar, um Kleinstprojektförderung über die Dachverbände zu vergeben. Das Modell wird in anderen Bundesländern bereits erfolgreich umgesetzt und sollte auch in Sachsen-Anhalt zum Tragen kommen.

AfD

Unabhängig davon, wie die Entscheidung ausfällt, sollten Fördermittelanträge schneller bearbeitet werden. Darauf wollen wir hinwirken.

5. Wie möchten Sie der überbordenden Überschneidung von Kulturveranstaltungen im Herbst jeden Jahres entgegenwirken, wenn die Fördermittel nicht früher gewährt werden können?

CDU

Unter Berücksichtigung der Aussage unter Punkt 4 sehen wir keine Probleme für das Angebot an kulturellen Terminen.

SPD

Die Veranstaltungsplanung und der Zeitraum der Beantragung von Fördermitteln obliegt allein der Entscheidung der Veranstalter. Darauf können wir keinen Einfluss nehmen. Wir werden uns die Dauer der Antragsbearbeitung noch einmal genauer ansehen und ggf. flexibilisieren und prüfen, ob es sinnvoller ist, mehrere Beantragungszeiträume anzubieten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir wollen eine Evaluierung und Überarbeitung der Kulturförderung. Ein wichtiger Baustein muss dabei sein, dass landesweit bedeutsame Kunst- und Kultureinrichtungen eine strukturelle fünfjährige Förderung erhalten und damit Projekte und Personal sowie die strategische Ausrichtung langfristiger planen können. Dies schafft finanzielle Sicherheit bei den Akteur*innen und fördert die Qualität der Arbeit. Außerdem kann man so der in der Frage beschriebenen Problematik entgegen, dass zu viele Veranstaltungen innerhalb eines kurzen Zeitraums stattfinden.

DIE LINKE

Die überaus lange Bearbeitungszeit ist jedes Jahr aufs Neue ein Problem, auf das wir auf parlamentarischem Weg bereits mehrfach hingewiesen haben. In der Tat ist ein Zusammenspiel unterschiedlicher Rahmenbedingungen für die Verzögerung ursächlich. Unter anderem sorgen personelle Engpässe in der Verwaltung, überschneidende Zuständigkeiten, die späte Einbringung des Landeshaushaltes, die Bürokratisierung der Antragsverfahren sowie das Fehlen von zweimaligen Antragsfristen im Jahr für erhebliche Verzögerungen. Die Entbürokratisierung der Antragsverfahren, Vergabemöglichkeiten von Kleinstprojektförderung durch die Dachverbände im Sinne von beliehenen Unternehmen sowie die Einführung von Fachjürs, die zweimal jährlich über die Anträge entscheiden, würde aus unserer Sicht eine Entzerrung der Antragslage mit sich bringen und damit auch eine aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen verursachte Ballung von Veranstaltungen zum Herbst verhindern.

AfD

Ohne die Kulturförderung an sich in Frage zu stellen, darf es nicht sein, dass der gesamte Kulturbetrieb mit der Förderung steht und fällt. Kultur muss lernen, sich stärker selbst zu tragen.

Längerfristige Finanzierungszusagen

Im bisherigen Koalitionsvertrag wurde festgehalten, dass die Kulturförderung des Landes vereinfacht werden soll. Dabei kommen den mittel- und längerfristigen Finanzierungszusagen durch das Land und auch den Formen der Finanzierungsart eine besondere Bedeutung zu. Priorität soll die Festbetragsfinanzierung haben.

6. Inwiefern sehen die Parteien dieses Ziel aus dem alten Koalitionsvertrag erfüllt?

CDU

Die Kulturförderung hat sich in den letzten 5 Jahren fast verdoppelt. Die gesetzten Ziele im Koalitionsvertrag wurden unter Federführung der CDU im Bereich der Kultur erfüllt.

SPD

Diese Ziele wurden mit der Überarbeitung der Kulturförderrichtlinie leider nicht erreicht. In der kommenden Legislatur verfolgen wir das Ziel einer Modernisierung der Förderinstrumente und der Zuwendungspraxis mit festgeschriebenen Nachhaltigkeitskriterien, einer Vereinfachung der Antrags- und Abrechnungsverfahren, der Stärkung der Festbetragsförderung sowie dem Übergang zu mehrjährigen Verträgen bei langjährig geförderten Projekten im Landesinteresse. In Zukunft soll es Kulturförderberichte geben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In der vergangenen Legislatur gab es in der Hinsicht Verbesserungen in einigen Bereichen. Mit LanZe konnte beispielsweise eine gute Lösung ab 2022 gefunden werden. Dennoch wollen wir diesen Weg, längerfristige Förderungen durch das Land zu vergeben, für die gesamte Kunst- und Kulturbranche weiterverfolgen.

DIE LINKE

Leider findet insbesondere die bevorzugte Ausgabe von Festbetragsfinanzierung gegenüber Anteils- oder Fehlbedarfsfinanzierung in der Praxis zu wenig Anwendung. Für DIE LINKE ist es nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund festgelegte Bestimmungen bei der Vergabe von Kulturfördermitteln in der Praxis nicht angewendet werden. Wir werden die Verbindlichkeit dieser Bestimmungen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Unser Ziel ist die Entbürokratisierung der Verwaltungsprozesse. Um diese zu erreichen werden wir die Anwendung von Festbetragsfinanzierungen bei der Vergabe von Kulturfördermitteln verbindlich gestalten, den Einsatz von unabhängigen Fachjürs vorantreiben, verbindliche Verfahren und Standards bei der Einbindung der Fachverbandsstrukturen bezüglich Beratung von Antragsstellern und Vergabe von Fördermitteln festlegen sowie überjährige Förderungen, weniger Projektorientierung und eine Ausdifferenzierung der Förderinstrumente in den verschiedenen Kultursparten festschreiben.

AfD

Da wir gänzlich andere Ziele verfolgen als in dem Vertrag der Kenia-Koalition festgehalten, hält sich unser Interesse für diese Frage in Grenzen.

Fünfjährige Haushaltsvereinbarungen

Bundesländer wie beispielsweise Niedersachsen und Thüringen vereinbaren gemeinsam im Dialog mit institutionell geförderten Kulturverbänden bis zu fünfjährige Haushaltsvereinbarungen, um den gemeinnützigen Organisationen eine finanzielle und strukturelle Sicherheit zu geben. In Sachsen-Anhalt werden Haushaltsmittel hingegen meist auf Jahresbasis und einseitig von den Landesbehörden festgesetzt.

7. Welche Praxis befürworten Sie für die Zukunft?

CDU

Im Bereich der Theater- und Orchesterförderung werden bereits langfristige Haushaltsvereinbarungen zur Förderung getroffen. Grundsätzlich setzt sich die CDU im Übrigen dafür ein, dass den meisten Akteuren im Kulturbereich durchaus verlässliche Perspektiven angeboten werden, indem Verpflichtungsermächtigungen des Landes in den Landeshaushalt festgeschrieben werden.

SPD

Wir setzen uns für mehr über- und mehrjährige Verträge bei langjährig geförderten Projekten und Vereinen und Verbänden, die im Landesinteresse arbeiten, ein. Die fünfjährigen Theater und Orchesterverträge wollen wir fortschreiben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir wollen künftig für landesweit bedeutsame Kunst- und Kultureinrichtungen eine fünfjährige strukturelle Förderung gewährleisten. Dies schafft Planungssicherheit bei den Akteur*innen und fördert die Qualität der Arbeit. Dazu muss die Landesregierung mit den zu fördernden Institutionen in einen Dialog treten.

DIE LINKE

Nach wie vor hält DIE LINKE Instrumente der überjährigen Förderung für dringend notwendig, um eine langfristige und nachhaltige Entwicklung der Kunst- und Kulturszene des Landes zu bewirken. Zielvereinbarungen, eine regelmäßige Erfolgskontrolle und überjährige Verträge sind für uns z.B. bei den institutionell geförderten Einrichtungen im Kulturbereich anzuwenden. Darüber hinaus wollen wir auch im Rahmen der Kulturförderrichtlinie neue Projektfördererelemente etablieren.

AfD

Wir lehnen diese Praxis ab, da sie die Abhängigkeit des Kulturbetriebs vom Staat vergrößert. Richtig wäre, den Kulturbetrieb unabhängiger von staatlicher Unterstützung zu machen.

Strukturwandel

Der beschlossene Strukturwandel im Bereich Braunkohle ist verbunden mit hohen Fördersummen für die betroffenen Regionen, auch in Sachsen-Anhalt. Vorgesehen sind dabei auch Mittel für die Kultur.

8. Wie würden Sie diese Mittel verteilen und welche Themen stehen dabei im Vordergrund?

CDU

Grundsätzlich sollen diese Mittel für den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region eingesetzt werden. Sofern sich aufgrund der Förderrichtlinie Möglichkeiten zur Förderung der Kultur ergeben, wird die CDU derartige Maßnahmen unterstützen.

SPD

Der Ausstieg aus der energetischen Nutzung der Kohle führt insbesondere im Mitteldeutschen Revier zu erheblichen Einschnitten in bestehende Wertschöpfungs- und Beschäftigungsstrukturen. Insbesondere in Ostdeutschland, wo die wirtschaftlichen Verwerfungen nach 1989/90 fest im kollektiven Gedächtnis der Menschen verankert sind, ist die Verunsicherung groß, denn man steht vor der Frage, wie in den betroffenen Kommunen eine neue industrielle Basis aufgebaut, Arbeitsplätze erhalten und neue, gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden können. Der Ausstieg aus der Braunkohleförderung im Mitteldeutschen Revier bis 2038 wurde im Bundestag und Bundesrat mit dem Kohleausstiegsgesetz und dem Strukturstärkungsgesetz verabschiedet und wird mit 40 Mrd. Euro in allen Kohlerevieren begleitet. Für das Mitteldeutsche Revier stehen bis 2038 acht Milliarden Euro zur Verfügung. Für Sachsen-Anhalt bedeutet dies Investitionen im Umfang von bis zu 4,8 Mrd. Euro. Wir setzen daher auf Projektentwickler*innen im Kohlerevier, die innovative Infrastruktur-, Energie-, Klimaschutz- und Industrieprojekte entwickeln und im Sinne des Green Deals und des EU-Kohleausstiegsfonds umsetzen. Wir sind sicher, dass das kulturelle Erbe der Industriekultur, die reiche Kulturlandschaft des Burgenlandkreises sowie touristische und kulturelle Projekte dabei eine wichtige Rolle spielen werden. Wir haben uns in den letzten fünf Jahren für die Entwicklung eines Konzeptes für die Industriekultur in Sachsen-Anhalt stark gemacht, dessen Umsetzung bisher an fehlenden finanziellen Ressourcen gescheitert ist. In diesem Bereich können wir uns gut den Einsatz von Mitteln aus den Mitteln für den Strukturwandel vorstellen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Verteilung der Strukturmittel und die Themen, die im Vordergrund stehen sollen, dürfen nicht von der Politik bestimmt werden. Vielmehr sollen in einem Prozess gemeinsam mit den Kulturschaffenden im Land Ideen entwickelt werden, die dann umgesetzt werden.

DIE LINKE

DIE LINKE will soziale und kulturelle Infrastrukturen im ländlichen Raum fördern. Dabei ist es uns wichtig, dass der Prozess transparent und an den Bedürfnissen der Bürger*innen ausgerichtet ist.

AfD

Wir lehnen den Kohleausstieg als Konsequenz aus der verfehlten Politik der CO₂-Reduktion ab. Wir werden in Deutschland den Klimawandel nicht aufhalten, zumal er ohnehin nicht durch das vom Menschen ausgestoßene CO₂ zurückgeht.

Kulturförderfonds

9. **Wie stehen Sie zu einem Kulturförderfonds mit sehr unbürokratischem Zugang hinsichtlich Beantragung und Abrechnung für kleinere Kulturinstitutionen (z.B. freie Theater, soziokulturelle Zentren...)?**

CDU

Wir stehen als Partei unbürokratischen Prozessen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben grundsätzlich positiv gegenüber. Die Förderung gilt ggf. gegenüber allen in Frage kommenden Kulturinstitutionen und -organisationen, beispielsweise den freien Theatern und unterschiedlichen Fördervereinen und Interessengemeinschaften. Die CDU wird in der nächsten Wahlperiode prüfen, inwieweit eine Umsetzung unter Berücksichtigung der haushaltsrechtlichen Vorgaben möglich ist.

SPD

Einen weiteren eigenen Kulturförderfonds einzurichten, halten wir nicht für zielführend. Wir setzen auf eine Modernisierung und Überarbeitung der bestehenden Förderrichtlinien, der Beantragungs- und Abrechnungsverfahren, mehr Festbetragsfinanzierung und vereinfachte Verwendungsnachweise. Dies soll in Zusammenarbeit mit den Akteur*innen geschehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Grundsätzlich ist eine Reform der Kulturförderpolitik nötig, um Aufwand und Nutzen in ein besseres Verhältnis zu bringen, die Konkurrenz auf dem Fördermittelmarkt von institutionell geförderten Einrichtungen und Freier Szene einzudämmen und auch Akteure einzubinden, die bisher nicht die Kapazitäten haben für aufwändige Antrags-, Vergabe- und Abwicklungsszenarien, die oft weit über die normale unternehmerische Geschäftstätigkeit hinausgehen. Dabei kann ein Kulturförderfonds eine sinnvolle Maßnahme sein, deren Ausgestaltung und Wirkungsweise gemeinsam mit den Kulturakteuren entwickelt werden müsste.

DIE LINKE

DIE LINKE will eine nachhaltigere, unbürokratischere, autonomere und weniger an Projekten orientierte Kulturförderung in Sachsen-Anhalt etablieren. Wie bereits unter Frage 6 beschrieben, wollen wir im Sinne der Entbürokratisierung von Verwaltungsprozessen u.a. auch eine Ausdifferenzierung der Förderinstrumente vornehmen. Dazu kann auch die Etablierung eines Kulturförderfonds für kleinere Projekte zählen.

AfD

Wenn die politische Neutralität der Förderung gewahrt bliebe, was aktuell nicht der Fall ist, wäre das sicherlich sinnvoll.

Vermeidung prekärer Beschäftigung

10. Wie möchten Sie prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Kulturarbeit, in Kulturorten und Kulturzentren sowie in der künstlerischen Produktion und Präsentation zukünftig in den Institutionen sowie in geförderten Projekten der freien Kulturszene vermeiden? Wie stehen Sie zu verbindlichen Honoraruntergrenzen?

CDU

Prekäre oder temporäre Beschäftigungsverhältnisse sind innerhalb und außerhalb des Kulturbereiches in Sachsen-Anhalt weit verbreitet. Die CDU unterstützt Bestrebungen zur Verbesserung dieser Situation in allen Bereichen positiv gegenüber. Die CDU wird sich für eine Prüfung der Finanzierungsmöglichkeiten einsetzen.

SPD

Wir stehen auch im Kulturbereich für soziale Gerechtigkeit. Künstlerische Autonomie und freischaffende Tätigkeiten bedeuten häufig finanzielle und soziale Unsicherheit. Viele freischaffende Künstler*innen arbeiten oftmals unter prekären Bedingungen und werden nicht angemessen bezahlt. Wir setzen uns für verpflichtende soziale Mindeststandards und Mindesthonorare beim Einsatz öffentlicher Mittel, insbesondere in der freien Kultur- und Projektförderung (bspw. Ausstellungshonorare) ein. Es soll keine Projektförderung mehr genehmigt werden, die diese Standards nicht erfüllt. Wir wollen zudem die Abschaffung von Haustarifen und verpflichtenden Teilzeitvereinbarungen in den Theatern und Orchestern und die tarifgerechte Bezahlung bei Vereinen und Verbänden, die im Landesinteresse arbeiten. Auf Bundesebene wollen wir die Künstlersozialkasse stärken und die besonderen Arbeitsbedingungen von Künstler*innen stärker berücksichtigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kultur und Kunst müssen angemessen bezahlt werden. Deswegen haben wir beispielsweise in der zurückliegenden Legislatur die Bezahlung in institutionell geförderten Einrichtungen nach Tarif schrittweise wieder eingeführt. Dazu gehört ebenfalls, dass Freischaffende für ihre Leistungen angemessen honoriert werden. Wir befürworten deshalb Mindesthonorare bei öffentlich geförderten Einrichtungen und Projekten.

Wir wollen eine nachhaltige Stärkung der sozialen Absicherung und der Altersvorsorge für Künstler*innen und Kreative ein. Dazu gehört auch ein Urheberrecht, das die angemessene Vergütung von Kulturschaffenden sicherstellt, sowie durchsetzbare Rechte für Kreative durch ein Verbandsklagerecht. Wir setzen uns außerdem auf Bundesebene dafür ein, dass die Zugangskriterien für den Beitritt zur Künstler*innensozialkasse so erweitert werden, dass weitere Berufsgruppen Mitglied werden können.

Weitere Ansätze, wie man die Situation von Künstler*innen und Kulturschaffenden unabhängig von Krisen verbessern kann, können Sie unserer Antwort zu Frage 11 entnehmen.

DIE LINKE

Leider sind im Kulturbereich prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorherrschend. Zahlreiche Interessenvertretungen auf Landes- und Bundesebene haben bereits Honoraruntergrenzen und –standards definiert, die in den meisten Fällen allerdings nicht verbindlich sind. DIE LINKE setzt sich auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass branchenspezifische Honoraruntergrenzen verbindlich umgesetzt werden, z.B. bei der Vergabe von Fördermitteln. Auf Bundesebene wollen wir, dass mittels eines Verbandsklagerechts für Gewerkschaften und Interessenverbänden, entsprechende Honoraruntergrenzen eingefordert werden können. Darüber hinaus muss das Sozialversicherungssystem der Lebensrealität von Künstler*innen angepasst werden, in dem alle selbständigen Kunst- und Kulturschaffenden stärker in die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung einbezogen werden. DIE LINKE hat bereits entsprechende Anträge in den Bundestag eingebracht, um diese Entwicklung voranzutreiben.

AfD

Wir wollen hier staatlicherseits so wenig wie möglich eingreifen. Auch die Höhe der Honorare von Künstlern muss prinzipiell auf dem freien Markt gebildet werden.

Künstlerhilfe in Krisensituationen

11. **Wie kann unabhängig von bundesweiten Krisen die Situation von Künstler*innen nachhaltig verbessert werden, beispielsweise nach dem Vorbild der deutschen Künstlerhilfe, über die der Bundespräsident in Anerkennung künstlerischer Leistungen Zuwendungen vergeben kann?**

CDU

Die CDU unterstützt Bestrebungen und Maßnahmen des Bundes und des Landes dem Anliegen und der Situation von Künstlerinnen und Künstlern durch gezielte Hilfen (Künstler ans Netz (Land), NEUSTARTKULTUR (Bund)) Rechnung zu tragen.

SPD

Die deutsche Künstlerhilfe unterstützt Künstler*innen, die mit ihrem Werk eine kulturelle Leistung für die Bundesrepublik Deutschland erbracht haben und durch Krankheit, Alter oder widrige Umstände in finanzielle Bedrängnis geraten sind. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Künstler*innen so gestalten, dass sie gar nicht erst in eine solche prekäre Lage kommen und um Unterstützung aus einem besonderen Hilfsfonds bitten müssen. Gerade der Umgang mit den Corona-Künstlerhilfen zeigt, dass strukturelle Lösungen gefunden werden müssen, die der besonderen Lage der Kulturschaffenden gerecht werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Corona-Krise hat uns sehr deutlich gezeigt, unter welchen unsicheren Rahmenbedingungen Künstler*innen und Kulturschaffende arbeiten. Besonders kleine kulturwirtschaftliche Unternehmen und solselbständige Kultur- und Medienproduzent*innen haben nur schwer Zugang zu Soforthilfen. Schließlich waren diese in der Krise offiziell weder arbeitslos noch arbeitssuchend und die Unterstützung bei Betriebskosten war oft nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Um solche Probleme in Zukunft gar nicht erst aufkommen zu lassen, fordern wir unter anderem eine Abgabe digitaler Plattformen an die Künstler*innensozialkasse. Auch wenn diese Plattformen weder Werknutzer*innen im urheberrechtlichen Sinne noch Arbeitgeber*innen im Sinne des Gesetzes sind, profitieren sie durch Werbeeinnahmen erheblich von den kreativen Inhalten von Kultur- und Medienschaffenden. Einen Beitrag zu den Sozialversicherungssystemen leisten sie aber nicht. Wir wollen uns außerdem dafür einsetzen, dass die Zugangskriterien für den Beitritt zur Künstler*innensozialkasse so erweitert werden, dass weitere Berufsgruppen Mitglied werden können.

Auf Landesebene wollen wir Künstler*innen ebenfalls besser unterstützen und fördern. Neben der Projektförderung ist die Stipendiat*innenförderung dafür ein wirkungsvolles Instrument. Die Heimatstipendien der Kunststiftung Sachsen-Anhalt sind weit über das Land hinaus bekannt und eine Erfolgsgeschichte. Dieses Programm wollen wir verstetigen und stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass dafür die Struktur der Kunststiftung Sachsen-Anhalt ausgebaut und die finanzielle Ausstattung verbessert wird. Wir wollen eine Ausstattungsvergütung für Künstler*innen in allen vom Land geförderten Einrichtungen durchsetzen. Und um Künstler*innen Raum zur künstlerischen Entfaltung zu ermöglichen, setzen wir uns für die Schaffung von Künstler*innenresidenzen im Sachsen-Anhalt ein.

Weiterhin möchten wir auf unsere schon länger formulierten Ideen wie Mindesthonorare für Freischaffende, unsere grüne Bürgerversicherung, eine Garantierente sowie leichteren Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen verweisen. Diese Ansätze wollen wir auf Bundesebene unterstützen.

DIE LINKE

Bei der Vergabe der Deutschen Künstlerhilfe handelt es sich um ein Instrument, das Künstler*innen aller Sparten, die besondere kulturelle Leistungen erbracht haben und unverschuldet in Bedrängnis geraten sind, finanziell unterstützt. Bei bundesweiten Krisen wie der aktuellen Pandemie geraten alle Künstler*innen in Bedrängnis, in dem sie ihrer Tätigkeit nicht mehr nachgehen können. Die Krise zeigt, wie anfällig das Kulturfördersystem ist und potenziert bereits vorhandene Lücken. Um eine nachhaltige Verbesserung der Situation der

Kunstschaaffenden zu erreichen, ist neben der bereits erwähnten stärkeren Einbeziehung der Kunst- und Kulturschaaffenden in die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung auch die finanzielle Stärkung der kommunalen Kulturförderung. Beides sind Bestandteile unserer Kulturkonzeptionierung.

AfD

Wir sehen aktuell keine Notwendigkeit, die Situation von Künstlern nachhaltig zu verbessern.

Theater und Orchester

Hilfsprogramm für Theater

Die Auswirkungen der Corona-Krise sind für die Theater gravierend. Bei Wiedereröffnung der Theater und der Konzerthäuser wird es künftig erhebliche Umsatzeinbußen wegen eingeschränkter Platzkapazitäten geben. Innerhalb der derzeit laufenden Theaterverträge können deshalb die geforderten Zuschauerzahlen nicht erbracht werden.

- 12. Wie stehen Sie künftig dazu? Werden Sie vor diesem Hintergrund ein Hilfsprogramm für die öffentlich finanzierten Theater in Sachsen-Anhalt entwickeln, um die Umsatzeinbußen zu kompensieren und damit die mittel- bis langfristige Bestandssicherheit der Theater (auch über die Förderperiode 2023 der aktuellen Zuwendungsverträge hinaus) zu garantieren?**

CDU

Siehe Frage 11

SPD

Das Land erfüllt seine Verpflichtungen aus den Theater- und Orchesterverträgen. Die Refinanzierung der Theater und Orchester aus Eigeneinnahmen schwankt von Einrichtung zu Einrichtung, erreicht aber nur sehr selten mehr als 20 Prozent des Gesamtbudgets. Eine Bestandsunsicherheit der Theater und Orchester durch die Nichterbringung von vereinbarten Publikumszielvorgaben sehen wir derzeit nicht. Durch das Instrument der Kurzarbeit, die fast alle Theater und Orchester in Sachsen-Anhalt in Anspruch genommen haben, ergeben sich derzeit kaum finanzielle Engpässe. Sehr viel anders gestaltet sich die Situation bei den freien und privaten Theatern bzw. freischaffenden Künstler*innen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jedes Haus muss genau unter die Lupe genommen werden, individuelle Anpassungen an die bestehenden Verträge müssen möglich sein. Auch in der neuen Förderperiode 2023 müssen wir darauf achten, dass die Theater im Land finanziell gut ausgestattet werden. Eventuelle Umsatzeinbußen, die nach einer möglichen Öffnung entstehen, müssen abgefangen werden.

DIE LINKE

DIE LINKE hat sich in den vergangenen Jahren für eine Stabilisierung und Dynamisierung der Landesfördermittel im Rahmen der Theatervertragsverhandlungen eingesetzt und mittels parlamentarischer Initiativen gefordert. Die aktuellen Theaterverträge der kommunalen Theater- und Orchester des Landes wollen wir nach der Krise überprüfen, um notwendige Anpassungen vornehmen zu können.

AfD

Die AfD hätte die völlig unverhältnismäßigen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus nicht ergriffen. Damit stellt sich uns diese Frage nicht.

Fünfjährige Finanzierungszusage

Die Existenz und kulturelle Strahlkraft der kommunalen Theater und Orchester in Sachsen-Anhalt basiert wesentlich auf einer verlässlichen Finanzierungszusage des Landes.

- 13. Werden Sie deshalb fünfjährige Finanzierungsvereinbarungen mit den Theatern und Orchestern unterstützen, in denen die Tarifvorsorge und eine dauerhafte Dynamisierung der jährlichen Förderung um die Beträge der Tarifsteigerungen bei den Personalkosten und die Inflationsrate bei den Sachkosten enthalten sind?**

CDU

Die CDU wird im Zuge der Haushaltsaufstellung prüfen, inwieweit Hilfen infolge der ausgefallenen Zuschauerzahlen geleistet werden können und die Tarifvorsorge sowie eine dauerhafte Dynamisierung der jährlichen Förderung um die Beträge der Tarifsteigerungen bei den Personalkosten und die Inflationsrate bei den Sachkosten in den Vereinbarungen aufgenommen werden können.

SPD

Ja, denn die Theater und Orchester sind das kulturelle Herz in Stadt und Land. Die Theater und Orchesterverträge sollen mehrjährig verlässlich fortgeschrieben werden und wir setzen uns für eine Überprüfung der Trägerstruktur der Theater ein. Wir wollen die Abschaffung von Haustarifen und verpflichtenden Teilzeitvereinbarungen an den Theatern und Orchestern. Wir haben im Land zahlreiche Gastspielhäuser ohne eigenes produzierendes Ensemble, die Produktionen einkaufen, die aber oft nicht kostendeckend sind. Um das wirtschaftliche Risiko zu minimieren, wird auf das Vermietungsgeschäft ausgewichen, was aber nicht immer künstlerischen Ansprüchen gerecht wird. Um auch hochwertige künstlerische Bühnengebote (aus eigener Landesproduktion) in der Fläche zur Verfügung zu stellen, setzen wir uns für eine Gastspielstättenförderung von 350.000 Euro pro Jahr ein. Ziel soll die finanzielle Entlastung des Gastspielpartners und zum anderen die Förderung der produzierenden Häuser oder (freien) Gruppen sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja, eine solche Entwicklung hin zu Tarifvorsorge und einer dauerhaften Dynamisierung bei der Ausgestaltung der neuen Theaterverträge halten wir für essenziell.

DIE LINKE

Die fünfjährigen Finanzierungsvereinbarungen mit den Theatern und Orchestern im Land bieten mehrjährige Planungs- und Finanzierungssicherheit. In den vergangenen Jahren ist deutlich geworden, dass Umstrukturierungsprozesse aufgrund mangelnder Finanzierung größte Unsicherheiten bei der Planung und Finanzierung der künstlerisch kulturellen Aufgaben mit sich bringen und keinerlei positive Effekte nach sich ziehen. Bei den Tarifsteigerungen sowie bei der Inflationsrate der Sachkosten ist aus unserer Sicht das Land zu beteiligen.

AfD

Prinzipiell können wir uns das vorstellen, allerdings müssen sich die Theater, um förderungswürdig zu sein, politisch neutral verhalten. Sie müssen sich stärker am Publikumsgeschmack orientieren und sie müssen ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass eine der Hauptaufgaben des Theaters in der Pflege von Nationalliteratur und Nationalsprache besteht.

Flächentarifvertrag

14. Wird Ihre Partei sich für eine tarifgerechte Bezahlung an den kommunalen Theatern und Orchestern einsetzen, sodass es keine sogenannten Haustarifverträge, die eine untertarifliche Vergütung für Mitarbeiter*innen dieser kommunalen Einrichtungen regeln, mehr geben wird?

CDU

Die CDU setzt sich grundsätzlich für eine tarifgerechte Bezahlung an den kommunalen Theatern und Orchestern ein. Haustarifverträge sollten eine Ausnahme bleiben.

SPD

Ja, wir setzen uns für eine Abschaffung von Haustarifen und verpflichtenden Teilzeitvereinbarungen an den Theatern und Orchestern ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kultur und Kunst müssen angemessen bezahlt werden. Deswegen haben wir beispielsweise in der abgelaufenen Legislatur die Bezahlung in institutionell geförderten Einrichtungen nach Tarif schrittweise wieder eingeführt. Auch an den Theatern und bei den Orchestern muss eine tarifgerechte Bezahlung erfolgen.

DIE LINKE

Seit Jahren weist DIE LINKE auf die Haustarifproblematik an den Theatern und Orchestern hin. Die Beschäftigten in den Theatern und Orchestern leisten eine ausgezeichnete Arbeit, für die sie gerecht bezahlt werden müssen. Haustarifverträge vergrößern auf Dauer die Kluft zum regelmäßig steigenden Tarif und machen, je länger diese gelten, die Überwindung fast unmöglich. DIE LINKE setzt sich bei künftigen Theatervertragsverhandlungen dafür ein, dass die Landesförderung bei allen Theatern und Orchestern im Land so ausgestaltet wird, dass der Verbleib oder Übergang in den Flächentarif vollzogen werden kann, ohne weitere Einsparungen in den Folgejahren vornehmen zu müssen.

AfD

Die Höhe der Löhne muss wie überall auf dem Arbeitsmarkt so auch bei den Theaterbeschäftigten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt werden. Die Kommunen müssen im Rahmen dessen, was noch nicht sittenwidrig ist, selbst bestimmen können, wie hoch sie ihr Theater- und Orchesterpersonal bezahlt.

Museen

In den vergangenen Jahren hat das Land Sachsen-Anhalt die Museumslandschaft breit und aus unterschiedlichen Mitteln gefördert. Im Vordergrund standen immer wieder große Landesprojekte und Jubiläen.

15. Welche thematischen Förderschwerpunkte würden Sie in den kommenden Jahren setzen?

CDU

Die CDU hat das Ziel, das reichhaltige geschichtliche und kulturelle Erbe unseres Landes zu bewahren, dieses für die Gegenwart sichtbar, erlebbar und wirksam zu machen, kulturelle Bildung für alle Generationen zu gewährleisten und den innovativen und produktiven Charakter von Kunst und Kultur zu begleiten und zu fördern. Wir bekennen uns zur Stärkung von thematischen kulturellen Zentren im Land. Hierzu gehören beispielsweise das Zeitalter der Ottonen in Magdeburg, die Baudenkmäler und ihre Erforschung in Quedlinburg und Dessau oder die Bronzezeit im Süden des Landes.

Ein weiterer Schwerpunkt sind die regionalen Museen. Sie sind für die identitätsstiftende Wirkung der Kultur ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Wir bekennen uns zum Erhalt unserer Museumslandschaft. Schwerpunkt bildet dabei aber auch die verbesserte Einordnung der verschiedenen Museen in einen europäischen Zusammenhang.

SPD

Die zahlreichen kleinen und großen Museen im Land bewahren und erforschen unser kulturelles Erbe. Sie sind Lernorte für uns alle, aber auch Wissenschaftsstandorte und touristische Anziehungspunkte. Wir wollen die Museumslandschaft weiterentwickeln und die Netzwerkarbeit fördern. Mit der Industriekultur haben wir einen noch ungehobenen Schatz, der einer langfristigen Strategie bedarf. Hier sind erste Schritte gemacht, die konsequent weiterverfolgt werden müssen. Ein wichtiges Jubiläum ist 2024/2025, wenn sich zum 500. Mal die Hinrichtung von Thomas Müntzer und der deutsche Bauernkrieg jähren. Der Bauernkrieg war Ausgangspunkt einer einzigartigen Emanzipationsbewegung in Mitteldeutschland und wir wollen die vielfältigen Aktivitäten der Akteur*innen und Kulturinstitutionen in der Region bündeln und unterstützen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Von der Förderkonzeption mit großen und monothematischen Landesausstellungen wollen wir dezidiert abrücken. Stattdessen sollen thematische Schwerpunktsetzungen erfolgen, die in mehrfacher Hinsicht landesweit ausstrahlen und damit die Landesidentität stärken – durch Förderung von Ausstellungsprojekten verschiedenster Träger aus allen Landesteilen, durch Anreize zur Vernetzung der Museen untereinander und der Museen mit Touristikern und durch eine Überregionale und bundesweite Sichtbarkeit. Positive Ansätze aus den Förderprogrammen „Große Pläne. Angewandte Moderne in Sachsen-Anhalt“ 2016 und „Bauhaus 100“ 2019 gilt es weiterzuentwickeln. Die von der Koalition vereinbarte Themensetzung „Bauernkriege“ für das Jahr 2025 wird das noch nicht einlösen können.

Ein deutlich höherer Stellenwert soll zukünftig der Industriekultur zukommen. Für dieses reiche Erbe soll auf Landesebene eine Konzeption zur musealen Präsentation entwickelt und umgesetzt werden. Für das nördliche Sachsen-Anhalt soll dafür gemeinsam mit der Landeshauptstadt Magdeburg ein Standort entwickelt werden. Für das südliche Sachsen-Anhalt muss ein Anknüpfungspunkt für eine museale Präsentation noch gefunden werden. Die Zeit des Umbruchs nach 1989 und die damit einhergehenden großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen müssen in jedem Fall thematisiert werden.

Unabhängig von inhaltlichen Fragen hat die aktuelle Pandemie uns unter anderem vor Augen geführt, dass sich Museen nicht allein auf die physisch präsenten Besucher*innen ausrichten dürfen. Förderprogramme sollten zukünftig gezielt deren niederschwellige digitale Zugänglichkeit verbessern, durch Investitionen in entsprechende technische/museale Voraussetzungen und Weiterbildungen der Mitarbeitenden. Auch die Bindung von Landesförderungen für Ausstellungsprojekte an eine Realisierung von Online-Komponenten wäre denkbar.

DIE LINKE

Neben der Verbesserung der musealen Infrastruktur im ländlichen Raum zum Erhalt kultureller Identitäten und der Entwicklung der Kooperationsfähigkeit der Museen wollen wir die Museumslandschaft schrittweise zu inklusiven Bildungseinrichtungen mit partizipativen Charakter als Landesaufgabe wahrnehmen.

AfD

Wir würden einen Förderschwerpunkt „Deutsche Sprache“, einen Förderschwerpunkt „Nationalkultur“, einen Förderschwerpunkt „Ideengeschichte“ und einen Förderschwerpunkt „Heimatgeschichte“ bilden. Im Rahmen des Förderschwerpunkts „Deutsche Sprache“ sollen nach dem Vorbild der Festspiele der Deutschen Sprache in Bad Lauchstädt Texte der Deutschen Hochliteratur im Rahmen von Lesungen und Inszenierungen gepflegt und stärker ins öffentliche Bewusstsein gehoben werden.

Im Rahmen des Förderschwerpunkts „Nationalkultur“ soll die Bedeutung von Kunst und Kultur für unsere deutsche Nationalidentität herausgestellt werden. Dieser Förderschwerpunkt umfasst alle Kunstsparten.

Der Förderschwerpunkt „Ideengeschichte“ soll die Beschäftigung mit der leider zunehmend in den Hintergrund tretenden deutschen Philosophie von Hegel bis Heidegger fördern. Dieser Förderschwerpunkt umfasst ebenfalls alle Kunstsparten und darüber hinaus die Museen.

Der Förderschwerpunkt „Heimatgeschichte“ widmet sich schwerpunktmäßig der Lokalgeschichte und umfasst beispielsweise die vielen Heimatmuseen im Land, die schon geschlossen wurden oder von der Schließung bedroht sind.

Die aktuelle Pandemie hat uns unter anderem vor Augen geführt, was den Menschen fehlt und was ihnen weniger fehlt. Die monatelangen Schließungen haben auch am Selbstverständnis der Kultureinrichtungen gekratzt.

16. Wo sehen Sie in den kommenden Jahren die Bedeutung und die Rolle der Museen, insbesondere bei gesellschaftlichen Debatten? Wie würden Sie eine aktive Rolle unterstützen?

CDU

Siehe Antwort zu Frage 15! Museen sind für die identitätsstiftende Wirkung der Kultur und die verbesserte Einordnung in einen europäischen Zusammenhang von entscheidender Bedeutung. Die CDU sieht diese als ein stabilisierendes Element in der Gesellschaft.

SPD

Durch die Corona-Pandemie waren Museen und Gedenkstätten über Monate geschlossen und erst im Frühjahr konnten unter strengen Auflagen die Türen wieder öffnen. Aber es ist in dieser Zeit auch Neues entstanden: eine höchst kreative digitale Museumslandschaft — mit virtuellen Rundgängen und Sammlungen, Podcasts, Videos etc. Das hat dazu beigetragen, den Kontakt zum Publikum aufrechtzuerhalten und zeigt die Chancen der Digitalisierung für den gesamten Kulturbereich. Diese Entwicklung wollen wir in allen Kultursparten unterstützen. Die Museen, die unser kulturelles Erbe bewahren, erhalten und schützen und für die junge Generation weitertragen eignen sich als außerschulische Lernorte. Museen und Gedenkstätten sind immer wieder Impulsgeber für gesellschaftliche Fragestellungen gewesen und sollen diese Rolle auch künftig aktiv als Orte der Bildung ausfüllen. Dies hat beispielsweise die Diskussion um Objekte aus kolonialen Kontexten gezeigt. Themen, die besonders für die Landesgeschichte und Landesidentität von Sachsen-Anhalt wichtig sind, werden von uns unterstützt, ohne aber inhaltliche Vorgaben zu machen. Die Unabhängigkeit der Museen muss gewahrt bleiben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Corona-Pandemie mit monatelangen Schließungen hat gezeigt, was den Menschen fehlt und was ihnen weniger fehlt. Und so werden die Kultureinrichtungen auch nach der Normalisierung der Infektionslage nicht wieder zum Zustand von vor dem Ausbruch zurückkehren. Die Erwartungen an die Kultureinrichtungen werden steigen und sie werden sich weiterentwickeln müssen, um ihre Relevanz zu erhalten. Und das gilt auch für die Museen. Ausstellungen, die nur für eine kleine Schar von Expert*innen gemacht sind und es dem breiteren Publikum schwer machen, werden nicht mehr ohne weiteres Finanzierungen finden. Nachhaltigkeit wird auch für Museen ein Bewertungsmaßstab werden. Digitale Formate werden selbstverständlich erwartet werden. Für die Bindung des heutigen Publikums und das Gewinnen der zukünftigen Besucher*innen werden die ‚normalen Museen‘, die nicht durch Superattraktionen zu touristischen Selbstläufern werden können, näher an die Lebenswirklichkeiten der Menschen heranrücken müssen. Dazu gehören auch Ausstellungen und Veranstaltungen, die gesellschaftliche Debatten (oder unausgesprochene Befindlichkeiten) aufgreifen; das können auch Vermittlungsformate leisten, die auch außerhalb des Museums auf die Menschen zugehen, wie es 2019 die von der Bundeskulturstiftung geförderten „Bauhausagenten“ waren. Das Potenzial, auch zukünftig eine bedeutende Rolle in den Kulturlandschaften zu spielen, haben Museen allemal. Entsprechende Entwicklungen sollten auch durch Förderprogramme des Landes unterstützt werden.

DIE LINKE

Neben dem Sammeln, Ausstellen, Erforschen und Bewahren von Objekten sind Museen in Sachsen-Anhalt Orte kultureller Bildung und Freizeitgestaltung. Das Vermitteln und Bilden als generationsübergreifender Prozess sowie die Orientierung am Besucher in einer sich verändernden Gesellschaft zählen zu den Aufgaben der Museen, um sich allen Bevölkerungsschichten zu öffnen. Für DIE LINKE ist die Hinwendung zu Gegenwartsthemen Aufgabenschwerpunkt der Museen im Land.

AfD

Mit dem Museum verbindet man gemeinhin die Vorstellungen des Toten und Abgestorbenen, was nur noch historisch interessiert und eben deshalb im Museum steht. Diese Vorstellung verkennt jedoch, dass unsere Geschichte uns zu denen gemacht hat, die wir sind. Insofern sind Museen von eminenter Bedeutung für unsere kulturelle Identität, die als solche vor allem und zunächst Nationalidentität ist. Wir würden Wert darauf legen, dass der Gegenwartsbezug, der in jedem Museumsbestand liegt, deutlich zutage tritt. Gerade in Zeiten der Orientierungslosigkeit und der Identitätskrisen können Museen eine wertvolle Orientierung bieten, indem sie uns zeigen, wo wir herkommen. Zukunft braucht Herkunft! An diesen Maßstäben würden wir unsere Förderpolitik ausrichten.

Kulturelle Bildung und Populärmusik

Musikschulen

*In Sachsen-Anhalt werden aktuell an 20 öffentlichen und staatlich anerkannten Musikschulen wöchentlich 18.770 Schüler*innen von 881 Lehrkräften an 239 Orten in instrumentalen und vokalen Fächern unterrichtet. Damit ist die Anzahl der Schüler*innen innerhalb von nur fünf Jahren um ca. 1.000 gesunken, obwohl dauerhaft eine landesweite Warteliste von ca. 2.000 Schülern*innen besteht. Dieses hängt damit zusammen, dass die vom Landesverband der Musikschulen Sachsen-Anhalt e.V. (LVdM) bereits seit 2010 prognostizierte Renteneintrittswelle der Lehrkräfte vollumfänglich eingetreten ist und allein in den letzten fünf Jahren die Gesamtzahl aller Lehrkräfte um fast 50 gesunken ist. Auch das starke Engagement der Musikschulträger in mehr Festanstellungsverhältnisse reicht nicht mehr aus, um diesen Rückgang zu verhindern. Seit 1997 sind der Trägerzuschuss um 67% und die Unterrichtsgebühren um 69% angestiegen, während gleichzeitig die Landesförderung um 7% gesunken ist.*

- 17. Wird Ihre Partei der Empfehlung des LVdM folgen und die Landesförderung der Musikschulen um 2,5 Mio. Euro anheben, damit die notwendige strukturelle Sicherung des Nachwuchspersonals gewährleistet werden kann?**

CDU

Die CDU wird für eine Anhebung der Förderung unter Berücksichtigung der Haushaltslage einsetzen.

SPD

Eine Anhebung der Landesmittel zur Förderung der staatlich geförderten Musikschulen konnte in dieser Legislatur nicht in dem Maße erfolgen, wie wir es uns zum Ziel gesetzt hatten. Wir wollen daher in der kommenden Legislatur eine deutliche Anhebung der Landesmittel erreichen, um mehr Kindern das Erlernen eines Instruments zu ermöglichen. Darüber hinaus ist die Nachwuchsförderung und -sicherung ein weiteres Ziel.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Musikschulen ermöglichen, dass jede*r unabhängig vom Geldbeutel ein Instrument oder Singtechniken erlernen kann. Wir wollen daher wieder mehr Plätze in Musikschulen in Sachsen-Anhalt anbieten. Deshalb braucht es eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung der Musikschulen. Ein Drittel der Fördergelder soll das Land Sachsen-Anhalt übernehmen und ein Drittel die Kommunen. Das letzte Drittel finanzieren die Musikschulen über die Beiträge der Schüler*innen. Wir streben an, dass Lehrende an Musikschulen fest angestellt werden.

DIE LINKE

Musikschulen sind wichtige Partner für die Gestaltung kultureller Infrastruktur. Die Qualitäts- und Leistungsstandards des Musikschulgesetzes gelten bundesweit als musterhaft. Die seit über 20 Jahren stagnierende Landesförderung konterkariert den Qualitätsanspruch des Musikschulgesetzes und gefährdet die öffentliche Musikschullandschaft in Sachsen-Anhalt in höchstem Maße. DIE LINKE will die Landesförderung deutlich erhöhen und unterstützt somit die Empfehlung des LVdM in Gänze.

AfD

Ja, das scheint uns sinnvoll. Da die Musikschulen auch noch nicht mit einseitiger politischer Agitation hervorgetreten sind, bestehen gegen die Förderung keine Bedenken.

Studie zur Musik- und Popmusikwirtschaft

Als Musikland Sachsen-Anhalt pflegt das Land eine bedeutende Vergangenheit sowie eine florierende Gegenwart. Der ökonomische Wert der Musikwirtschaft wird in diversen bundesweit ausgerichteten Studien belegt. Die letzte Untersuchung in Sachsen-Anhalt liegt acht Jahre zurück. Andere Bundesländer (u.a. Hamburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen) richten hingegen anhand dessen ihre Musikstrategien aus und legen hier einen besonderen Fokus.

- 18. Welchen Wert messen Sie einer solchen Studie für Sachsen-Anhalt bei? Welchen Schwerpunkt sollte Ihrer Meinung nach die Popmusikwirtschaft in einer solchen Untersuchung besitzen?**

CDU

Die Populärmusik hat ihren Platz im Rahmen eines Konzepts „Musikland Sachsen-Anhalt“, das gegenwärtig durch die Landesregierung erarbeitet wird.

SPD

Die Kreativwirtschaft — vor allem die Design-, Kunst-, Medien- und Kommunikationswirtschaft — ist in Sachsen-Anhalt dynamisch gewachsen und bundesweit ein Wirtschaftsbereich, der immer wichtiger wird. Vor allem die Teilmärkte Games, Industriedesign und Filmindustrie entwickeln sich überdurchschnittlich. Im Bereich Popmusik gibt es sicher Anknüpfungspunkte, Synergieeffekte und Potenzial für die weitere Entwicklung, insbesondere in Verbindung mit dem Tourismus und den Musikfesten. Aus unserer Sicht könnte eine Studie dazu beitragen, gezielt geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um positive Effekte zu erreichen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir Grüne stehen für eine faktenbasierte Politik. Das gilt natürlich genauso für die Musikpolitik. Wir befürworten daher die Neuauflage einer solchen Studie, die sich gleichwertig mit allen Musikgenres auseinandersetzen sollte. Da die Aussagekraft der Studie erheblich von ihrem Design abhängt, sollte dieses vorab in Zusammenarbeit mit Akteur*innen und Verbänden festgelegt werden.

DIE LINKE

Um eine Musikstrategie für Sachsen-Anhalt zu entwickeln, ist eine regelmäßige Untersuchung zur Lage der Musik- und Popmusikwirtschaft zu unterstützen. In Hinblick auf die Entwicklung einer Gesamtstrategie zum Musikland Sachsen-Anhalt wollen wir zu Beginn der nächsten Legislatur eine umfassende Untersuchung anregen, um u.a. die Verfügbarkeit von Proberäumen und Auftrittsmöglichkeiten, von Ausbildungs-, Beratungs- und Vernetzungsmöglichkeiten sowie von Fördermöglichkeiten im Land zu eruieren.

AfD

Eine solche Studie kann sicherlich aus bestimmten Perspektiven sinnvoll sein, weshalb aber sollte der Staat dergleichen durchführen? Hier ist die Musikwirtschaft, die daran wohl das höchste Erkenntnisinteresse hat, selbst gefragt.

Kompetenzzentrum Populärmusik

Anders als in den meisten deutschen Bundesländern existiert in Sachsen-Anhalt kein institutionell gefördertes Kompetenzzentrum Populärmusik.

- 19. Soll es eine besondere Unterstützung z.B. in Form eines Kompetenzzentrums Populärmusik und eine explizite Finanzierung der breiten Populärmusikszene (vgl. Monitor Musikwirtschaft, Populärmusik Sachsen-Anhalt 2013) in der kommenden Legislatur geben?**

CDU

Die Finanzierung neuer institutioneller Strukturen und Einrichtungen kann nur unter Berücksichtigung der Haushaltslage erfolgen. Die CDU wird bei der Haushaltsaufstellung prüfen, inwieweit eine Förderung möglich ist.

SPD

Seit kurzem verfügt der Landesmusikrat über eine Referentin für Rock und Pop, wovon wir uns eine Weiterentwicklung des Bereichs erhoffen. Mit dem Wettbewerb „local heroes“ verfügt das Land über einen herausragenden Nachwuchswettbewerb, der auch in Zukunft unterstützt wird. Inwiefern eine dauerhafte, institutionalisierte Förderung möglich ist, sollte mit den Akteur*innen besprochen werden. Grundsätzlich befürworten wir das Ansinnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ob ein Kompetenzzentrum Populärmusik für Sachsen-Anhalt sinnvoll wäre, wollen wir gerne in der nächsten Legislatur prüfen.

DIE LINKE

(s. Antwort zur Frage 20)

AfD

Nein. Populärmusik ist ein Bereich, der stark ökonomisch orientiert staatsfrei aus sich heraus lebt. Das kann so bleiben.

- 20. Welche Chancen sehen Sie in einer Auflegung gesonderter Popförderformate?**

CDU

s. Antwort zu Frage 19.

SPD**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Auch dazu wollen wir gerne in der kommenden Zeit mit den Akteur*innen ins Gespräch kommen. Grundsätzlich sehen wir, insbesondere im Rahmen des Musikland-Konzepts, eine Chance, das Potenzial der Popmusikwirtschaft in Sachsen-Anhalt zu evaluieren und daraus Schlüsse für mögliche Förderkonzepte zu ziehen.

DIE LINKE

Der Monitor Musikwirtschaft (Populärmusik) hat die vielschichtigen Herausforderungen für Unternehmen der Musikwirtschaft in Sachsen-Anhalt herausgearbeitet und ist mit seinen Erkenntnissen und Empfehlungen in vielen Punkten nach wie vor aktuell. Die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Populärmusik und eine entsprechende Förderung der Populärmusikszene ist Voraussetzung zur Verbesserung dieser Infrastruktur in Sachsen-Anhalt. Insbesondere in Anbetracht einer qualitativen Entwicklung des Musikland Sachsen-Anhalt erachten wir die Förderung der Populärmusik als ausbaufähig und werden diesen Ansatz in unserer Kulturpolitik verfolgen und unterstützen.

AfD

Keine. Siehe die Antwort auf die vorhergehende Frage.

Institutionalisierung von „local heroes“

*Das Projekt "local heroes" hat sich aus Sachsen-Anhalt heraus als wichtigstes Popmusiker*innen-Netzwerk in Deutschland etabliert. Es wird seit Jahrzehnten jährlich in Form einer Projektförderung unterstützt, was eine strategische Ausrichtung trotz erkennbaren Bedarfs kaum möglich macht und insbesondere die Fördermittelakquise im Bund deutlich erschwert. "Local heroes" dient als einzige Schnittstelle zwischen Landesregierung, Popmusik- und Kulturschaffenden.*

21. Werden Sie den Antrag befürworten, das Projekt langfristig zu sichern und zu institutionalisieren?

CDU

Die Finanzierung neuer institutioneller Strukturen und Einrichtungen kann nur unter Berücksichtigung der Haushaltslage erfolgen. Die CDU wird bei der Haushaltsaufstellung prüfen, inwieweit Förderungen möglich sind. In jedem Falle halten wir aber eine weitere Förderung des Projekts für angemessen.

SPD

Inwiefern eine dauerhafte, institutionalisierte Förderung möglich ist, sollte mit den Akteur*innen besprochen werden. Grundsätzlich befürworten wir das Ansinnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Local heroes“ als inzwischen bundesweites Musiker*innen-Netzwerk, das auch wichtige Impulse im sozialen und kulturellen Bereich setzt, ist für uns ein unverzichtbarer Teil der sachsen-anhaltischen Kulturlandschaft. Die bisherige Projektförderung erschwert die Arbeit der engagierten Menschen hinter dem Projekt unnötig. Sie sollen Planungssicherheit und damit Gestaltungsspielraum für die strategische Ausrichtung erhalten. Wir unterstützen den Wunsch einer längerfristigen Förderung durch das Land daher ausdrücklich. Grundsätzlich wollen wir für den ganzen Kulturbereich von den kurzen Förderperioden hin zu einer strukturellen Förderung über mehrere Jahre kommen.

DIE LINKE

Bei einer mehrere Jahre bzw. sogar Jahrzehnte fortlaufenden Projektförderung wie es bei dem Projekt „local heroes“ der Fall ist, muss aus unserer Sicht eine langfristige Planung entweder mittels mehrjähriger Finanzierungsvereinbarung mit entsprechenden Zielvereinbarungen getroffen oder in Form einer institutionellen Förderung für entsprechende langfristige Planbarkeit gesorgt werden. Alles andere stellt eine Behinderung der Entwicklungsfähigkeit des jeweiligen Projektes dar und sorgt für unnötigen bürokratischen Aufwand.

AfD

Nein. Siehe Frage 19.

Zukunft FSJ-Kultur

Im Rahmen des mehrjährigen EU-Finanzrahmens 2014-2020 wurden über das ESF-Programm Freiwilligendienste im Land Sachsen-Anhalt mit großer Nachfrage unterstützt. Für die kommende EU-Förderperiode 2022-2027 wurde den Trägern signalisiert, dass für die Freiwilligendienste keine weitere Förderwürdigkeit aus EU-Mitteln besteht. Insbesondere die Kultureinrichtungen im Land sind aber auf die Unterstützung durch Freiwilligendienstleistende angewiesen. Ebenso bietet ein FSJ Kultur Jugendlichen die Möglichkeit, das Kulturland Sachsen-Anhalt kennenzulernen.

22. Wie möchten Sie die Freiwilligendienste und Einsatzstellen, insbesondere im Bereich Kultur, zukünftig unterstützen?**CDU**

Die CDU wird sich weiterhin für den Erhalt des Status einsetzen.

SPD

Die Freiwilligendienste sind für junge Menschen nach dem Ende ihrer Schullaufbahn eine gute Möglichkeit Erfahrungen zu sammeln, sich zu engagieren und auszuprobieren. Mit der Umstellung auf das ESF+ von 2021-2027, dem Zusammenschluss mehrerer Programme sowie der damit einhergehenden Reduzierung von EU-Mitteln, gibt es innerhalb der Landesregierung die Einigung, den Minderbetrag auszugleichen, sodass es zu keiner Absenkung der Stellen kommt und das FSJ Kultur zukünftig im gleichen Umfang fortgesetzt wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir sehen sehr viel Potential in den Angeboten für ein FSJ Kultur – sowohl für die Träger als auch für die Jugendlichen, die dadurch einen Einblick in die Kulturszene Sachsen-Anhalts erhalten und ihren Wert schätzen lernen. Um Angebot und Nachfrage zueinander zu bringen, ist es angebracht, von Seiten des Landes verstärkt über das FSJ Kultur zu informieren. Außerdem können die Einsatzstellen bei der Anfertigung von Informationsmaterial finanziell unterstützt werden.

DIE LINKE

Die Ergebnisse der repräsentativen Befragung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, Freiwilligensurvey, untermauern die positiven Effekte von Freiwilligendiensten für die Gemeinschaft und für die Entwicklung der Freiwilligen selbst. Ein Teil der Freiwilligendienste (FSJ, FSJ-Kultur und FÖJ) werden aktuell aus dem ESF finanziert. Für die nächste ESF+ Förderperiode 2021 bis 2027 gilt eine Mindestschwelle von 4% der Fördermittel des jeweiligen Operationellen Programms. Aufgrund der Kleinteiligkeit der bestehenden Programme kann diese Schwelle nur durch Zusammenfassung der unterschiedlichen Freiwilligendienstprogramme erreicht werden. DIE LINKE will unter Beteiligung der Träger der Freiwilligendienste in Sachsen-Anhalt ein Konzept für eine strukturelle Förderung zur Sicherung der aktuell im Land bestehenden Freiwilligenplätze für die Jahre 2022 bis 2027 entwickeln. Für die nächste ESF-Förderperiode haben wir bereits per Antrag im Parlament eine gemeinsame Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ), des Freiwilligen Sozialen Jahres in der Kultur (FSJ Kultur), des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ), sowie des Freiwilligen Sozialen Jahres in der Politik durch Zusammenlegung der Programme zu erwirken, um den Antragsvoraussetzungen der EU-Förderperiode 2021 bis 2027 zu entsprechen.

AfD

Gar nicht. Das Spiel verläuft immer nach gleichem Muster: Die EU legt ein Förderprogramm auf, schafft damit Erwartungshaltungen, die so vorher nicht bestanden haben, stellt dann das Programm ein und erwartet dann, dass die Kommunen, die Länder oder der Bund das einmal Begonnene fortführen. Wir verwehren uns gegen diese Form der Einflussnahme auf unsere Politik.

Bürgermedien

Sicherung der Bürgermedien

Seit dem Jahr 2020 kompensiert Sachsen-Anhalt fehlende Einnahmen aus den Rundfunkgebühren für die Bürgermedien mit Landesmitteln. Allerdings ist die Lücke in der Finanzierung der Bürgermedien mit den zur Verfügung gestellten Mitteln nicht zu schließen. In Thüringen z.B. hat das Land den mit 425.000 Euro ausgestatteten „Aktionsplan Bürgermedien – Demokratie stärken“ ins Leben gerufen, der die einzelnen Trägervereine in ihrer Arbeit vor Ort unterstützt.

23. Wie steht ihre Partei zur Bürgermedienszene in Sachsen Anhalt und welche Initiativen planen Sie zur Sicherung der lokalen Medienangebote?

CDU

Die Arbeit der Bürgermedien ist sehr wichtig. Hierbei handelt es sich oft um eine intergenerative Leistung. Insbesondere im Fernsbereich kommen alte und junge Menschen zusammen. Die Offenen Kanäle benutzen moderne Technik, solange diese auf dem neuesten Stand gehalten werden und können sie mit unterschiedlichem Erfolg ihre eigenen Sendungen gestalten. Die Finanzierung der Offenen Kanäle ist traditionell Aufgabe der Landesmedienanstalt, einer staatsfernen Einrichtung, die eine eigene Medienversammlung hat und die sich darum kümmert, dass die Offenen Kanäle eine tragfähige Grundlage für die Gestaltung und Verbreitung des Programms haben. Die Förderung der Bürgermedien der letzten zwei Jahre sorgte für eine lokale Medienvielfalt in Sachsen-Anhalt. Die CDU wird sich dafür einsetzen, dass diese weiter fortgeführt wird.

SPD

Zur Stärkung der Medienvielfalt und regionalen Berichterstattung in Sachsen-Anhalt wollen wir Bürgermedien, offene Kanäle und nicht kommerzielle Lokalradios mit zusätzlichen finanziellen Mitteln ausstatten und bestehende Finanzierungslücken schließen. Konkrete Maßnahmen, z. B. in Form von Aktionsplänen analog dem Beispiel Thüringens, sind dabei in der zukünftigen Koalition auszuarbeiten und umzusetzen. Die Finanzierung darf jedoch nicht mit Einschränkungen der Programmfreiheit durch eine Bindung an Berichterstattungs-Vorgaben verknüpft sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wenn Bürger*innen selbst Hörfunk-, Fernseh- und Internetformate produzieren können, wird ihre Medienkompetenz gestärkt. Die Offenen Kanäle sowie die nichtkommerziellen Lokalradios in Sachsen-Anhalt leisten einen wesentlichen Beitrag dazu. Diese werden meist von Vereinen getragen, ihre finanzielle Situation ist oft angespannt. Neben Personalkosten stehen oft hohe Kosten für neue Technik an. Die Medienanstalt Sachsen-Anhalt sowie die Bürger*innenmedien sollen auskömmlich finanziert werden. Dazu wollen wir auf Bundesebene darauf hinwirken, dass der Anteil der Medienanstalten am Rundfunkbeitrag auf 2,5 Prozent erhöht wird. Auf Landesebene konnten wir für die Bürger*innenmedien erstmals eine finanzielle Unterstützung ermöglichen, dies wollen wir mindestens auf diesem Niveau fortführen.

DIE LINKE

Bürgermedien mit ihren lokalen und regionalen Bezügen sind Teil der demokratischen Willensbildung, sie sind Orte der Integration und Koordination aller gesellschaftlichen Gruppen und Instrumente politischer Bildung und Medienkompetenz. DIE LINKE will diese Funktionen stärken und gemeinsam mit den Bürgermedien im Land weiterentwickeln. Den in Thüringen ins Leben gerufene „Aktionsplan Bürgermedien – Demokratie stärken“ sehen wir als ein sehr geeignetes und auch notwendiges Mittel für Sachsen-Anhalt, um die Bürgermedien in ihrer Funktion als Instrumente lokaler Demokratieförderung zu festigen.

AfD

Da diese Medien wie etwa radio corax nahezu ausschließlich einseitig linkspolitisch orientiert sind, planen wir keine Initiativen zur Sicherung solcher Medienangebote. Was durch den Staat gefördert wird hat entweder parteipolitisch neutral zu sein, oder die Förderung ist so aufzustellen, dass alle politischen Strömungen gleichermaßen profitieren.

Bibliotheken

Netzwerkarbeit von Bibliotheken mit Unterstützung des DBV- Landesverbandes ST

Der Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband e.V. hat seit 2004 umfangreich Verantwortung für die Unterstützung der Kooperation und Netzwerkarbeit insbesondere der öffentlichen Bibliotheken geleistet. Beispiele dafür sind der Aufbau eines Leihe-Verbundes, die Zusammenarbeit von öffentlichen Bibliotheken und Schulen, Qualitätsmanagement, Provenienzforschung sowie interkulturelle Bibliotheksarbeit. Damit konnten nachhaltige Entwicklungen initiiert und dauerhaft unterstützt werden. Insbesondere die Einwerbung und Verwaltung von Fördermitteln für die einzelnen Bibliotheken bildet eine wichtige Grundlage für diese Netzwerkarbeit. Ziel ist, wie in anderen Bundesländern, z.B. Brandenburg, Sachsen, Thüringen, bereits realisiert, den Bibliotheksverband institutionell zu fördern. Zurzeit arbeitet der Bibliotheksverband ehrenamtlich und kann auch nicht mit Hilfe der Fachstelle für öffentliche Bibliotheken alle Aufgaben erfüllen, welche öffentliche Bibliotheken im 21. Jahrhundert leisten müssen und können. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass andere Kulturdachverbände eine institutionelle Förderung und darüber hinaus noch Personalkostenzuschüsse für spezielle Einzelprojekte erhalten.

- 24. Welche Auffassung vertritt Ihre Partei zu diesem Sachverhalt und welche Möglichkeiten bestehen, um hier eine grundlegende strukturelle Veränderung zur langfristigen Sicherung der Arbeit des Bibliotheksverbandes zu erreichen?**

CDU

Die Finanzierung neuer institutioneller Strukturen und Einrichtungen kann nur unter Berücksichtigung der Haushaltslage erfolgen. Die CDU wird bei der Haushaltsaufstellung prüfen, inwieweit Förderungen möglich sind.

SPD

Die SPD dankt dem Bibliotheksverband für seine herausragende ehrenamtliche Arbeit insbesondere während der Corona-Pandemie, die den Bürger*innen einen Zugang zu den Bibliotheken ermöglicht hat. Wir stehen einer institutionellen Förderung offen gegenüber und werden dies in den nächsten Haushaltsberatungen thematisieren. Darüberhinausgehende mögliche strukturelle Veränderungen und die personelle Stärkung der Fachstelle sollten mit dem Fachverband diskutiert werden und ggfs. in den Entwurf einer Novelle für das Bibliotheksgesetz einfließen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Wunsch nach einer institutionellen Förderung des DBV Landesverband Sachsen-Anhalt ist sehr verständlich. Dennoch können wir zu diesem Zeitpunkt keine konkrete Aussage dazu treffen. Wie im Wahlprogramm angekündigt, wollen wir aber eine Evaluierung der institutionell geförderten Institutionen und je nach Ergebnis möglicherweise eine Neuvergabe der Fördermittel erreichen.

DIE LINKE

Im Kulturhaushalt ist derzeit die institutionelle Förderung von elf Verbänden und Vereinen vorgesehen, die zum überwiegenden Teil als Dachverbände für die jeweiligen Kunst- und Kultursparten auftreten. Um Nachhaltigkeit zu garantieren, bleibt für DIE LINKE die institutionelle Förderung von Fachverbänden als strukturelles Mittel der Verstärkung und Entwicklung der Arbeitsfähigkeit einzelner Sparten wichtiger Bestandteil der Kulturförderung durch das Land. DIE LINKE will in der 8. Wahlperiode die institutionelle Förderung auf den Bibliotheksverband ausdehnen.

AfD

Wir sehen die staatliche Förderung eines Bibliotheksverbandes kritisch. Eine solche Förderung kommt nicht den Bibliotheken zugute, sondern einer Verbandsstruktur, die von den Bibliotheken selbst getragen werden sollte. Ein staatlich geförderter Bibliotheksverband bringt immer auch die Gefahr einer übermäßigen staatlichen Einflussnahme mit sich.

Förderung der öffentlichen Bibliotheken - Ausbau elektronischer Dienstleistungen und Digitalisierung

Für die Bereitstellung und Vermittlung von Informationen und Wissen sind elektronische Medien, flächendeckende und zuverlässige Internetanbindung heute unverzichtbar. Bibliotheken müssen in diesen Prozess eingebunden werden, um den uneingeschränkten Zugang und damit eine breite gesellschaftliche Teilhabe an Informationen und Wissen auch künftig zu gewährleisten. Dazu brauchen die Bibliotheksträger die finanzielle und fachliche Unterstützung des Landes. Die öffentlichen Bibliotheken sollten analog der anderen Kultureinrichtungen direkte Personalkostenförderungen des Landes erhalten, um die notwendigen personellen Strukturen in den Bibliotheken erhalten und die zukünftigen Aufgaben erfüllen zu können. Überdies sind insbesondere eine Internetanbindung mit ausreichend leistungsstarkem WLAN, die Modernisierung der Ausstattung von Bibliotheken mit zukunftsfähiger Hard- und Software sowie der Ausbau der virtuellen Angebote und Services. Leseförderung ist als wichtige Aufgabe der Bibliotheken im Bibliotheksgesetz verankert. Diese Kernkompetenz der Bibliotheken muss anerkannt bleiben und im Kontext zu virtuellen Medien und Angeboten der Internetnutzung gesehen werden. Lesen bleibt auch im digitalen Zeitalter die wichtigste Kulturtechnik. Die Bibliotheken können darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Medienkompetenz zum lebenslangen Lernen aller Mitglieder der Gesellschaft leisten.

- 25. Wie soll die finanzielle Förderung des Landes für öffentliche Bibliotheken inhaltlich ausgestaltet werden und unterstützen Sie eine direkte Förderung der personellen Ressourcen in den Bibliotheken durch das Land?**

CDU

Die CDU unterstützt die finanzielle Förderung für öffentliche Bibliotheken unter Berücksichtigung der Haushaltslage. Sie sollte aber mindestens das bestehende Niveau erreichen. Die CDU wird bei der Aufstellung des neuen Haushaltes prüfen, ob eine direkte Förderung der personellen Ressourcen möglich ist.

SPD

(s. Antwort zu Frage 28)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Diese Frage muss in den Verhandlungen zur Novellierung des Bibliotheksgesetzes unter Einbeziehung der Akteure debattiert und geklärt werden. Zum bisherigen Zeitpunkt können wir uns diesbezüglich nicht festlegen.

DIE LINKE

(s. Antwort zu Frage 26)

AfD

Die personellen Ressourcen einer Bibliothek fallen in die Zuständigkeit des Trägers, in der Regel eine Kommune oder eine Universität. Wer die Bibliotheken fördern will, sollte also dafür sorgen, dass die Kommunen und die Universitäten auskömmlich finanziert sind. Dafür will sich die AfD einsetzen.

26. Welche Grundsätze der Entwicklung im Bereich der digitalen Anforderungen werden von Ihrer Partei unterstützt und wie ordnen Sie die Bibliotheken, insbesondere die öffentlichen Bibliotheken, in diesen Prozess ein?

CDU

Die CDU unterstützt die Vorbereitung der öffentlichen Bibliotheken in jeder Hinsicht auf die digitalen Anforderungen der „Neuen Zeit“. Insofern sind die Ausstattung bezüglich der Hardware und der Software auf die Erfordernisse des digitalen Zeitalters auszurichten, um so das kulturelle Erbe bzw. das kulturelle Gedächtnis unserer Gesellschaft für die Zukunft nutzbar zu halten.

SPD

(s. Antwort zu Frage 28)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Zugang zu Bildung ist ein Grundrecht der Menschen. Bibliotheken haben dabei eine zentrale Aufgabe. Sie sind ein Ort des Wissens und des Lernens. Mit der Digitalisierung haben sich jedoch die Informationsbeschaffungs- sowie die Lesegewohnheiten vieler Bürger*innen Sachsen-Anhalts verändert. Nicht jede*r möchte weiterhin Nachrichten und Geschichten konsumieren, die auf Papier festgehalten sind. Deswegen engagieren wir uns dafür, dass bis 2025 alle Bibliotheken in Sachsen-Anhalt über das Portal „on-leihe“ E-Books, E-Audios und E-Paper anbieten können.

DIE LINKE

DIE LINKE will öffentliche Bibliotheken langfristig stärken. Dazu haben wir bereits eine Novellierung des Bibliotheksgesetzes in der 7. Wahlperiode vorgelegt, die auf eine grundsätzlich kostenfreie Nutzung des Bücher- und Medienbestandes durch Kinder und Jugendliche und auf eine langfristige Bestands- und Qualitätssicherung, u.a. durch angemessene Personalausstattung, ausreichende Medienetats und geeignete Ausstattung abzielt. Um den aktuellen Anforderungen und Themen gerecht zu werden, bedarf es einer Bündelung der Interessen der öffentlichen Bibliotheken. Die einzelne Bibliothek ist oft nicht in der Lage, besondere Themenfelder zusätzlich zum alltäglichen Betrieb zu bearbeiten. Insbesondere beim Thema Digitalisierung zeigt die Große Anfrage, die wir in der 7. Wahlperiode an die Landesregierung gestellt haben, dass Landesmittel für Digitalisierung zwar seit Jahren bereitstehen, diese aber nicht abfließen. Um dies zu ändern wollen wir die Koordinierung und Beratung für Bibliotheken ausbauen. Eine stete Verminderung der Bibliotheken, weniger Fachpersonal, eine geschrumpfte Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken sowie ein ehrenamtlich besetzter Landesverband bilden keine optimalen Voraussetzungen für die Qualitätsentwicklung der kommunalen Bibliotheken im Land. Es geht um Akzeptanz, Angebot, Zugänglichkeit, Raum und Personal – fünf Kriterien, die die Qualität von Bibliotheksangeboten beschreiben und die DIE LINKE mit der Novellierung des Bibliotheksgesetzes in den Blick nimmt.

AfD

Bibliotheken sollten Orte sein, an denen das Lesen gedruckter Bücher im Mittelpunkt steht. Digitale Medien erfüllen dabei nur Hilfsfunktionen wie etwa bei der Literatur-recherche. Hierbei sollte allerdings nicht nur die Erfassung der Titel eines Bestandes, sondern auch eine Volltexterfassung mit Volltextsuchfunktion angestrebt. Auf diesem Gebiet kann die Digitalisierung wertvolle Dienste leisten.

27. Werden öffentliche Bibliotheken in das Digitalisierungskonzept des Landes aufgenommen und wenn ja in welcher Form?

CDU

Die CDU unterstützt die Einbindung der öffentlichen Bibliotheken in Sachsen-Anhalt in das Digitalkonzept des Landes. Erst die zunehmende Einbindung digitaler Angebote, Lösungen und Infrastrukturen ermöglichen den öffentlichen Bibliotheken ihren gesetzlichen Auftrag gemäß Bibliotheksgesetz LSA im Rahmen der öffentlichen Daseinsfürsorge künftig vollständig nachzukommen. Dazu werden u. a.

- digitale Bibliotheksangebote (Onleihe, Genios, filmfreund, freegal) ständig erweitert,
- digitale Bibliothekskataloge neu eingerichtet bzw. aktualisiert (WebOPACs),
- Bibliothekswebseiten eingerichtet bzw. optimiert,
- Bibliotheksbestände schrittweise digitalisiert und
- Bibliotheksserviceprozesse automatisiert (Einführung von Library-Management-Systemen, Single-Sign-On und Cloud-Lösungen).

SPD

(s. Antwort zu Frage 28)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Digitalisierung macht auch vor Bibliotheken nicht halt. Damit diese dabei nicht zurückfallen, setzen wir uns dafür ein, dass Bibliotheken in Sachsen-Anhalt einen Glasfaseranschluss erhalten. Dies wollen wir durch die Einführung einer landesweiten Breitbandgarantie erreichen. Glasfaseranschlüsse in öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken sollen und können den Ausbau des gesamten Glasfasernetzes anschieben und damit die Digitalisierung Sachsen-Anhalts voranbringen.

DIE LINKE

DIE LINKE will Kulturgüter digital sichern und für alle zugänglich machen. Dafür brauchen wir eine gesamtstaatliche Digitalisierungsstrategie. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Open-Access-Strategie auch im Kulturbereich ein. Wir schaffen Möglichkeiten und Anreize für Kultureinrichtungen, ihre digitalen Veröffentlichungen unter freie Lizenzen zu stellen. Die Kooperation mit der Deutschen Digitalen Bibliothek wollen wir ausbauen. Für öffentliche Bibliotheken wollen wir den Verleih digitaler Medien vereinfachen.

AfD

Die Frage, in welchem Umfang und wie genau eine Bibliothek die neuen digitalen Möglichkeiten nutzt, sollte die jeweilige Bibliotheksleitung entscheiden. Wir halten in diesem Bereich wenig von landeseinheitlichen Vorgaben.

Literatur- und Informationsversorgung der öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken

In den vergangenen Jahren sind die Studierendenzahlen weiter gestiegen, nicht aber die Etats der Bibliotheken. Die über viele Jahre stagnierende Mittelausstattung gefährdet in Verbindung mit permanenten Preiserhöhungen für Bücher, Zeitschriften und elektronische Medien die Informations- und Medienversorgung der Wissenschaft und Forschung. Coronabedingt hat die Rolle der elektronischen Bereitstellung von wissenschaftlichen Inhalten enorm zugenommen. Die Forschungsarbeiten und Lehrinhalte konnten deshalb mit Hilfe der elektronischen Fernleihe gewährleistet werden. Auch in den öffentlichen Bibliotheken war auf Grund der Corona-Pandemie ein erheblicher Anstieg der Nachfrage von elektronischen Medien zu verzeichnen. Die Medienetats der öffentlichen Bibliotheken stagnieren in den letzten Jahren deutlich. Die Förderung des Landes bleibt im Verhältnis zu anderen Kultureinrichtungen wie Museen, Theatern und Musikschulen deutlich zurück, obwohl die Besucherzahlen und die Angebote der öffentlichen Bibliotheken weit über die der anderen Einrichtungen hinausgehen. Eine Erhöhung der Landesförderung für Medien ist daher unumgänglich.

- 28. Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass die finanzielle Ausstattung der Universitäts- und Hochschulbibliotheken sowie der öffentlichen Bibliotheken im Hinblick auf die steigenden Anforderungen der Medien- und Informationsversorgung verbessert wird?**

CDU

Dies ist eine Aufgabe, die zunächst durch die genannten Bibliotheken selbst zu organisieren ist. Die CDU wird prüfen, inwieweit zusätzliche finanzielle Mittel im Haushaltsaufstellungsverfahren zur Verfügung gestellt werden können.

SPD

(Antwort zu den Fragen 25 bis 28)

Die öffentlichen Bibliotheken des Landes sind interkulturelle Lernorte, Orte der Kommunikation, des Austauschs, der non-formalen und informellen Bildung und Orte der Teilhabe für alle Bürger*innen. Bibliotheken sind im digitalen Wandel und benötigen dafür eine zeitgemäße Ausstattung, um ihre Aufgaben zu erfüllen, u.a. die Aktualisierung des Bestandes und das Reagieren auf ein verändertes Nutzerverhalten. Wir werden uns in der nächsten Legislatur für verbesserte finanzielle Rahmenbedingungen einsetzen und ggf. das Bibliotheksgesetz überarbeiten.

Einige Bibliotheken sind bereits Teil der Maßnahmen der Digitalen Agenda des Landes, u.a. bei der Ausstattung der Nutzerarbeitsplätze, der digitalen Volltextsuche in den Katalogen bzw. der Bereitstellung von digitalen Medien, der Weiterbildung des Personals oder in der Digitalisierung von wertvollem Archivgut zur Bewahrung des kulturellen Erbes. In den öffentlichen Bibliotheken gehören online-Angebote mittlerweile zum Standard eines attraktiven Angebots und müssen im Rahmen der allgemeinen Bibliotheksförderung weiter ausgebaut werden. Kommunen als Träger der öffentlichen Bibliotheken sollten stärker auf bereits bestehende Fördermöglichkeiten hingewiesen werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Uns ist klar, dass insbesondere die fortschreitende Digitalisierung die Arbeit der Bibliotheken verändert und komplexer macht. Deshalb wollen wir eine Überarbeitung des Bibliotheksgesetzes, um diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Im Rahmen der Novellierung des Gesetzes soll die Frage der bedarfsgerechten Finanzierung einen Schwerpunkt bilden.

DIE LINKE

DIE LINKE will auf Grundlage einer Förderrichtlinie für den Auf- und Ausbau von Bibliotheken, und der Aktualisierung des Bestandes und der Ausstattung mit modernen Informationstechnologien, die Landesförderung entsprechend anpassen. Voraussetzung für die Vergabe von Landesmitteln sollen das Vorhalten regelmäßiger Öffnungszeiten, eine angemessene Personalausstattung hinsichtlich Anzahl und fachlicher Qualifikation, geeignete Räumlichkeiten inklusive Mobiliar und IT-Ausstattung und die Erschließung und Veröffentlichung der Medienbestände in Katalogen, die lokal oder über öffentliche Netze zur Verfügung gestellt werden, sein.

AfD

Wir werden namhafte Finanzmittel einsetzen, um den Studenten in deutlich gesteigertem Umfang Zugang zu Datenbanken und urheberrechtlich geschützten Texten zu bieten.

29. Warum unterstützt das Land Sachsen-Anhalt nicht die Neuaufnahme von Verhandlungen zur kostenfreien elektronischen Lieferung von Medien mit der VG Wort?**CDU**

Die CDU wird in der 8. Wahlperiode prüfen lassen, inwieweit Neuverhandlungen zur kostenfreien elektronischen Lieferung von Medien mit der VG Wort möglich sind.

SPD

Die Problemstellung ist bisher nicht an uns herangetragen worden. Nach unserer Kenntnis ist es zwischenzeitlich erneut zu einer Einigung der Kultusministerkonferenz mit den Verwertungsgesellschaften bezüglich des Versands elektronischer Fernleihen gekommen. Wir werden uns des Themas annehmen und die weitere Entwicklung begleiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dazu haben wir derzeit keine Erkenntnisse.

DIE LINKE

DIE LINKE sieht in der Unterstützung eine Notwendigkeit. Wir haben keine Antwort auf die Frage, warum die aktuelle Landesregierung dies bisher unterlassen hat.

AfD

Das wissen wir nicht. Wir würde eine solche Neuaufnahme von Verhandlung für sinnvoll halten. Der Zweck der VG Wort, Autorenrechte zu wahren, wird mehr und mehr zum Hemmnis für Studium, Forschung und generell das geistige Leben in unserem Land.

Literatur

Literaturförderung allgemein

30. Wie beurteilen Sie den Anteil der Ausgaben für Literatur im Landeshaushalt (auch im Vergleich zu den Nachbarländern Sachsen und Thüringen)?

CDU

Der Anteil der Ausgaben für Literatur ist im Vergleich zu den Nachbarländern gemessen an der Anzahl der Hochschulen im Land Sachsen-Anhalt und an der Gesamtbevölkerung als ausgewogen und ausreichend zu betrachten.

SPD

Die jeweiligen Landesausgaben für Literatur entsprechen den politischen Schwerpunktsetzungen der Landesregierung und des Parlamentes und sind geprägt von unterschiedlichen Traditionen und gesetzlichen Rahmenbedingungen. Im Vergleich zum Freistaat Thüringen und dem Freistaat Sachsen sowie im bundesweiten Vergleich hat das Land weiterhin eine der höchsten Pro-Kopf-Ausgaben der Flächenländer für Kultur. Wir werden uns dafür einsetzen, die Förderung einzelner Sparten weiter zu erhöhen.

Es werden die Landesliterartage, der Literaturpreis des Landes sowie mit Stipendien die Literaturszene des Landes gefördert. Darüber hinaus gibt es zahlreiche literarische Projekte in der Kinder- und Jugendkultur sowie in der Leseförderung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bei der von uns geforderten Reform der Förderrichtlinien wollen wir auch den Anteil der Ausgaben für Literatur evaluieren und, wenn nötig, anpassen.

DIE LINKE

Im Vergleich mit den Nachbarländern ist Sachsen-Anhalts Literatur- und Leseförderung in den vergangenen Jahren zu wenig entwickelt worden. Um dies zu ändern, wollen wir in der nächsten Legislaturperiode eine Literaturkonferenz initiieren, die alle Akteure dieses Bereichs zusammenbringt.

AfD

Der Anteil erscheint uns im Großen und Ganzen angemessen

Literaturförderung für weitere Bevölkerungsgruppen

Sachsen-Anhalt fördert im Bereich Literatur eine beispielgebende Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

31. Wie kann eine vergleichbare Hinwendung zu anderen Bevölkerungsgruppen erreicht werden, vor allem hinsichtlich der Begegnung mit Autor*innen aus Sachsen-Anhalt sowie ausländischen Schriftsteller*innen? Auf welche Weise sollten aus Ihrer Sicht dabei Autorenorganisationen einbezogen werden?

CDU

Die Landesregierung fördert im Bereich der Literatur den Friedrich-Bödecker-Kreis in Sachsen-Anhalt e.V. (FBK) institutionell. Darüber hinaus können geeignete Projekte gefördert werden. Die Förderentscheidung erfolgt dabei auf Grundlage der fachlichen Empfehlungen des zu diesem Zweck berufenen Literaturbeirates. Neben Angeboten für Kinder- und Jugendliche richten sich zahlreiche Veranstaltungen selbstverständlich auch an ein erwachsenes Publikum. Im Bereich des internationalen Austauschs kann auf das etablierte Format „Interlese“ des FBK verwiesen werden.

Die Einbeziehung von Autorinnen und Autoren aus Sachsen-Anhalt und von ausländischen Schriftstellerinnen und Schriftstellern kann auch in bereits bestehende Formate der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen geschehen. Darüber hinaus könnte die Arbeit mit Seniorenbeiräten auf kommunaler Ebene angestrebt und forciert werden.

SPD

Es ist ständige Aufgabe von Kulturpolitik auch diejenigen für kulturelle und künstlerische Angebote zu interessieren, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft oder wegen eines Migrationshintergrundes nur schwer Zugang finden. In Sachsen-Anhalt gibt es eine Vielzahl von Projekten, die zeigen, wie eine breite kulturelle Teilhabe gelingen kann. Wir brauchen noch mehr frühe Angebote für Kinder in den Kitas und Schulen — am besten als reguläre Angebote im Ganztage. Bei der Entwicklung neuer Projektideen greifen wir gern auf die Erfahrungen der Autorenorganisationen zurück.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Viele Bevölkerungsgruppen mit Literatur zu erreichen halten wir für sehr wichtig. Grundsätzlich müssen bei der Entwicklung von Strategien und Maßnahmen für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt alle Kulturbereiche ausreichend berücksichtigt werden, also auch dezidiert Literatur und Verlage. Konkrete Maßnahmen wie z.B. eine Hinwendung zu anderen Zielgruppen durch Literaturangebote und wer wann einbezogen wird, ist dann mit den wichtigen Branchenvertreter*innen im Detail zu entwickeln. Das sollte nicht die Politik vorgeben.

DIE LINKE

Künstlerisch-kreative Aktivitäten und Kulturelle Bildung sind wesentlich für die Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft, für soziale Teilhabe und Lebensqualität. Dementsprechend sollten künstlerische und kulturelle Angebote allen Bürger*innen, unabhängig von Alter, Herkunft, sozialem Hintergrund oder Geschlecht zugänglich sein. Aus unserer Sicht gibt es aktuell zahlreiche Hindernisse, die eine Zusammenführung von bestimmten Zielgruppen und Kunst- und Kulturakteuren erschweren. Das betrifft ganz besonders ältere Bürger*innen, Menschen mit körperlichen und/oder psychischen Beeinträchtigungen und auch Menschen mit Fluchterfahrung. Um Kulturangebote für alle Bürger*innen zugänglich zu machen, braucht es zunächst ein stimmiges Angebot. DIE LINKE wird in diesem Sinne ihr bestehendes Landeskulturkonzept zu einem zukunftsgerechten inklusiven Rahmenplan für die Kunst und Kultur in Sachsen-Anhalt fortentwickeln. Um dies zu erreichen, wollen wir gemeinsam mit den Kulturakteuren im Land die Förderbedingungen der unterschiedlichen Sparten ausdifferenzieren und Anreize schaffen, allen Bürger*innen Kunst- und Kulturangebote zu unterbreiten.

AfD

Autorenorganisationen können einbezogen werden, allerdings nur, wenn sie nicht durch einseitig linkslastige Einstellungen auffallen und sie ein hinreichendes Niveau der literarischen Leistung verbürgen.

Literaturförderung der Kunststiftung Sachsen-Anhalt

Seit 2016 ist die Literaturförderung der Kunststiftung Sachsen-Anhalt zurückgegangen, während das Ministerium für Kultur diese weggebrochene Förderung nur bedingt auffangen konnte.

32. Wie wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode damit umgehen?**CDU**

Literaturförderung ist und bleibt für die CDU ein wichtiger Bestandteil der Kulturförderung und soll auch in der Kunststiftung angemessene Beachtung finden.

SPD

Die Kunststiftung des Landes fördert mit der Vergabe von Projektmitteln und Stipendien zeitgenössische Kunst in den vielfältigsten Bereichen in Sachsen-Anhalt und vergibt Auslands- und Aufenthaltsstipendien. Daneben gibt es Sonderförderprogramme wie das Heimatstipendium oder wage:mutig (Drehbuch, Film) oder freiiraum (Ausstellungs- und Gale-

rieprojekt), die neue Formen der künstlerischer Zusammenarbeit ermöglichen und anregen. Über die Gewährung von Stipendien oder Projekten entscheidet zunächst der künstlerische Beirat, der dann seine Empfehlungen dem Stiftungsrat übermittelt. Die Mitglieder des Stiftungsrats entscheiden jeweils im Frühjahr und Herbst über die Anträge. Wir werden die Entscheidungsprozesse des Künstlerischen Beirats und des Stiftungsrats nicht politisch beeinflussen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir setzen uns dafür ein, dass dafür die Struktur der Kunststiftung Sachsen-Anhalt ausgebaut und die finanzielle Ausstattung verbessert wird. Dabei muss auch die Literaturförderung auf den Tisch.

DIE LINKE

Bereits im Abschlussbericht des Kulturkonvents aus dem Jahr 2014 wurde die Kommunikation und Kooperation zwischen der Kunststiftung Sachsen-Anhalt und den Antragsstellern bemängelt. Mit dem Rückgang der Literaturförderung der Kunststiftung seit dem Jahr 2016 bricht nun die eigentlich zuständige Förderinstanz für zeitgenössische Kunstförderung für den Bereich Literatur weg. DIE LINKE will eine Literaturkonferenz initiieren, die alle Akteure dieses Bereichs zusammenbringt, um neben der Förderung von Rationalität auch überregional bedeutende zeitgenössische Literatur aus Sachsen-Anhalt künftig zu ermöglichen.

AfD

Siehe die Antwort auf Frage 31.

Klopstock-Preis

*Seit Einführung des Klopstock-Preises des Landes wurde der für Nachwuchsschriftsteller*innen ausgelobte Klopstock-Förderpreis vor allem an jüngere in Sachsen-Anhalt lebende Autor*innen vergeben. Den wesentlich höher dotierten Hauptpreis erhielten dagegen zumeist Schriftsteller*innen aus anderen Bundesländern. Dadurch ging die Wahrnehmung unserer Literatur über die Landesgrenzen hinaus verloren. Jedoch gibt es in Sachsen-Anhalt Autor*innen, die diesen Preis verdient hätten.*

- 33. Auf welche Weise kann erreicht werden, dass mittels der Vergabe eines nicht unbedeutenden Literaturpreises stärkere Aufmerksamkeit auf das literarische Schaffen der in unserem Bundesland lebenden Schriftsteller*innen gelenkt wird?**

CDU

Mit der Neuausrichtung des Literaturpreises des Landes Sachsen-Anhalt folgte die Landesregierung einer Empfehlung des Kulturkonvents.

Der Klopstock-Literaturpreis wird gemäß dem dazu ergangenen Erlass an eine Schriftstellerin oder einen Schriftsteller vergeben, die/der „nach Möglichkeit einen Bezug zu Sachsen-Anhalt haben“ sollte. Die Preisträger des Hauptpreises der vergangenen beiden Jahre haben dieses Kriterium jeweils erfüllt: Clemens Meyer (2020) wurde in Halle geboren, Alexander Kluge (2019) in Halberstadt. Beide sind dem Land in ihrem Werk und Wirken weiterhin verbunden. Der jeweilige Förderpreisträger „muss einen biblio- oder biografischen Bezug zum Land Sachsen-Anhalt“ haben. Die Förderpreisträger der letzten beiden Jahre (2019: Aron Boks, 2020: Josephine von Blueten Staub) haben einen engen Bezug zu Sachsen-Anhalt, wurden hier geboren und sind mit literarischen Projekten im Land aktiv.

Eine Einschränkung auf Schriftstellerinnen und Schriftsteller mit aktuellem Wohnsitz in Sachsen-Anhalt wäre aus Sicht der CDU nicht erstrebenswert, da der Bezug zum Land auch z.B. in der Biographie oder im Werk liegen kann. Eine solche Einschränkung würde zudem einem Literaturpreis mit überregionalem Anspruch widersprechen.

SPD

Der jährliche Literaturpreis des Landes Sachsen-Anhalt für herausragende literarische Leistungen, der „Klopstock-Preis für neue Literatur“, wird auf Vorschlag des Ministers für Kultur vergeben. Im Erlass heißt es, dass „der Autor oder die Autorin nach Möglichkeit einen Bezug zu Sachsen-Anhalt haben sollte. Die Jury setzt sich aus einem Literaturwissenschaftler, einem Journalisten, einem Vertreter eines bundesweit wirkenden Autorenverbandes und zwei sachkundigen Vertretern aus Sachsen-Anhalt zusammen. Sie wird für jeweils drei Jahre vom für Kultur zuständigen Minister berufen. Eine Wiederberufung ist zulässig.“

Wir werden uns in der kommenden Legislatur für mehr Transparenz bei der Zusammensetzung der Jury und der Entscheidungsprozesse einsetzen. Darüber hinaus sind Kooperationen mit regionalen Verlagen, eine verstärkte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und öffentliche Lesungen zur besseren Wahrnehmung des Preisträgers oder der Preisträgerin denkbar.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir sehen in der derzeitigen Vergabe des Klopstock-Preises eine gute Möglichkeit, sowohl die landesweite als auch die überregionale Literaturszene miteinzubeziehen und zu honorieren.

DIE LINKE

Die Öffentlichkeitswirkung des Klopstock-Preises ist ausbaufähig. Aus unserer Sicht sollte der Klopstock-Literatur Preis stärker mit der literarischen Szene des Landes verknüpft und konzeptionell aufgewertet werden. Denkbar wären Literaturveranstaltungen, die die Preisvergabe rahmen wie z.B. Lesungen an verschiedenen Orten im Land.

AfD

Bei der Vergabe eines Literaturpreises sollte es nur ein Kriterium geben: Die Qualität der Literatur.

Aufwandsentschädigung für Ehrenamt

*Ehrenamtliches Engagement benötigt häufig professionelle Unterstützung und ein hohes Maß an Zeit, die den Künstler*innen für ihre schöpferische Tätigkeit verloren geht. Deshalb wäre es wünschenswert, diesen Zeitaufwand mit einer Aufwandsentschädigung zu vergüten. Da die literarischen Projekte im Landesinteresse liegen und sich ein wachsendes Interesse an literarischen Veranstaltungen in der Fläche Sachsen-Anhalts und darüber hinaus stetig entwickelt hat, so dass die Anzahl der Veranstaltungen und demzufolge auch die der Besucher*innen gestiegen ist, womit der Aufwand gewachsen ist, wäre eine Aufwandsentschädigung oder prozentuale Personalkostenpauschale gerechtfertigt.*

34. Wird sich Ihre Partei für eine Aufwandsentschädigung oder eine prozentuale Personalkostenpauschale für das Ehrenamt einsetzen?

CDU

Grundsätzlich bestehen bereits viele Regelungen für Zahlungen von Aufwandsentschädigungen in verschiedenen Bereichen. Die CDU wird in der nächsten Wahlperiode prüfen, inwieweit Erweiterung der Zahlung von Aufwandsentschädigungen in diesem Bereich rechtlich möglich und sinnvoll sind. Derzeit ist eine derartige Erweiterung der Zahlung von Aufwandsentschädigungen nicht vorgesehen.

SPD

Unsere demokratische Gesellschaft lebt vom bürgerschaftlichen Engagement, ob in Verbänden, Vereinen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Parteien, kommunalen Vertretungen und an der Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir stellen aber fest, dass Engagement häufig kürzer und sporadischer stattfindet und seltener an feste Strukturen gebunden ist.

In dieser Legislatur wurde aufgrund einer Initiative der SPD mit dem Landtagsbeschluss

„Bürgerschaftliches Engagement stärken, Engagementstrategie auf den Weg bringen“ (LTDrs. 7/4988, 26. September 2019) das Land mit der Erarbeitung einer Engagementstrategie beauftragt. Im Rahmen des Prozesses fand bereits ein breiter Austausch mit Vereinen und Verbänden statt. Aufgrund der Corona-Pandemie und dem Ausweichen auf digitale Formate konnte bis Ende 2020 allerdings keine umfassende Engagementstrategie vorgelegt werden, die von allen Akteur*innen entwickelt und mitgetragen wird, sondern nur ein Zwischenbericht. Forderungen der Teilnehmer*innen wie die Entbürokratisierung und Vereinfachung des Förderverfahrens, die Finanzierung verlässlicher Strukturen der Engagementförderung und eine bessere Anerkennung für freiwilliges Engagement wurden von allen benannt. Wir werden uns für die Fortführung dieses partizipativen Ansatzes einsetzen. Wir wollen eine landesweite Engagementstrategie, mit der das Engagement in den verschiedenen Handlungsfeldern und von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen nachhaltig gefördert werden kann. Diese Strategie ist mit konkreten Fördermöglichkeiten zu untersetzen, um kurzfristiges Engagement zu verstetigen, bisher zu wenig angesprochene Gruppen wie Ältere oder Zugewanderte einzubeziehen und die Rahmenbedingungen für das Engagement in Sachsen-Anhalt insgesamt zu verbessern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Prinzipiell planen wir keine Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Tätigkeiten. Dennoch sind wir offen dafür, dies für vom Land geförderte Projekte zu prüfen.

DIE LINKE

DIE LINKE hat im Juli 2020 einen Gesetzentwurf zur Stärkung des Ehrenamtes in den Landtag eingebracht. Der Gesetzentwurf beinhaltet einen Ehrenamtsfonds, der lokale und regionale Vereine und Verbände finanziell unterstützt und stabilisiert. Der Gesetzentwurf beinhaltet die Unterstützung des einzelnen Engagierten mittels Ehrenamtskarte, Unfallschutz und Aus- und Fortbildungsangeboten und ein Kommunalbudget zur Förderung der Kommunen zum Auf- und Ausbau von Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements.

AfD

Nein. Die Idee ist absurd. Weshalb soll ehrenamtliches Engagement von Künstlern besonders gefördert werden? Ehrenamtliches Engagement ist als solches natürlich förderungswürdig, das gilt aber für jeden, der sich engagieren will. Künstler müssen wie alle anderen auch abwägen, wie viel ihrer Zeit sie in den Broterwerb und wie viel sie in ehrenamtliches Engagement investieren.

Literatur und Kulturtourismus

- 35. Mit welchen Strategien werden Sie die Landesliterartage und den Kulturtourismus nachhaltig verknüpfen? Wie sieht sich das Land selbst in der Organisation, Umsetzung und Bewerbung eingebunden?**

CDU

Kulturtourismus ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor und ein Zukunftsmarkt. Das veränderte touristische Verhalten der Reisenden nach der Corona-Pandemie bietet hier zusätzliche Möglichkeiten. Ansprechpartner für Projekte sind hier beispielsweise Fördervereine. So hat das Landesverwaltungsamt in der abgelaufenen Legislatur eine Lesereise zu Königin Editha an verschiedenen Orten der Straße der Romanik gefördert. Veranstalter war der Förderverein Magdeburger Dommuseum e.V.

SPD

Die Landesliterartage werden seit dem Jahr 2000 von den Kommunen und ihren jeweiligen Landkreisen mit Unterstützung des Friedrich-Bödecker-Kreises Sachsen-Anhalt e.V. ausgerichtet. Ob es eine stärkere Verzahnung der Landesliterartage mit dem Kulturtourismus geben kann, sollte mit den jeweiligen Akteur*innen diskutiert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir setzen uns grundsätzlich dafür ein, ministeriumsübergreifend (Wirtschaft, Bildung Kultur, Landesentwicklung) touristische und kulturfördernde Maßnahmen inhaltlich, organisatorisch und finanziell besser abzustimmen. Insbesondere auch die diesbezügliche Zusammenarbeit zwischen der IMG (Investitions- und Marketinggesellschaft), dem Landestourismusverband, den regionalen Tourismusverbänden als auch den Kultur- und Schulverwaltungen muss verbessert werden. Zudem sollten die vielen Kulturangebote auf Landesebene vielschichtiger und zum Teil überhaupt beworben werden. Es gilt neben dem großen Augenmerk auf Jubiläen, Themenjahre und Welterbestätten mit großer Außenwirkung, gerade die vielen Angebote in den Regionen besser zu erschließen – für die Bevölkerung vor Ort, den Binnentourismus, als auch für die überregionale Aufmerksamkeit. Dabei spielen die Landesliteraturtage eine wichtige, identitätsstiftende Rolle.

DIE LINKE

(s. Antwort zu Frage 36)

AfD

Die Landesliteraturtage kranken daran, dass sie versuchen, so etwas wie eine spezifisch sachsen-anhaltinische Literatur zu konstruieren. Eine solche Literatur gibt es aber nicht. Es gibt unsere deutsche Nationalliteratur. Es wäre ratsam, den Fokus von einer fragwürdigen Sachsen-Anhalttümelei weg und auf die nationale Literatur in Sachsen-Anhalt hinzulenken. Hier ergeben sich sodann vom Mittelalter bis in die Gegenwart hinein attraktive Konstellationen und Anhaltspunkte, die weit über Sachsen-Anhalt hinaus Strahlkraft entfalten könnten.

Zuwendungschancen bundesweite Kulturförderung

- 36. Was wollen Sie unternehmen, um literarische Kulturakteur*innen des Landes Sachsen-Anhalt in der bundesweiten Kulturförderung bessere Zuwendungschancen zu ermöglichen?**

CDU

Grundsätzlich ist der Erhalt von Zuwendungen Aufgabe der betreffenden Personen selbst. Ungeachtet dessen, wird die CDU sich dafür einsetzen, dass die zukünftige Landesregierung sich für eine bessere bundesweiten Kulturförderung sowie Zuwendungschancen einsetzt. Dazu gehören auch informelle Gespräche mit den Antragstellern.

SPD

Um Kulturakteur*innen — nicht nur in der Literatur, sondern auch in anderen künstlerischen Professionen und Sparten — weiter zu professionalisieren, können wir uns eine Konzeptförderung, die bei der Kunststiftung angesiedelt ist, vorstellen. Ein solche Förderung soll der Profilbildung, Qualifizierung und Professionalisierung von erfahrenen Kulturakteur*innen dienen. Diese Förderung sollte längerfristig, mindestens auf ein Jahr angelegt sein, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Profil weiterzuentwickeln, organisatorische Strukturen zu verbessern, neue Kommunikationsstrategien zu erproben und Netzwerkstrukturen aufzubauen. Die lange Nacht der Anträge von LANZE e.V. berät Antragsteller bei ihren Anträgen und wird von uns ausdrücklich als guter Ansatz befürwortet.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir setzen uns für die Einrichtung einer landesweiten Beratungsstelle für die Antragstellung von Fördermitteln im Bereich Kultur ein, mit deren Arbeit wir sicherstellen wollen, dass die Kulturakteur*innen Sachsen-Anhalts einen einfachen Zugang zu zur Verfügung stehenden Landes- und Bundesmitteln erhalten.

DIE LINKE

Kulturakteure aus Sachsen-Anhalt sind im Vergleich mit Akteuren anderer Bundesländer nach wie vor zu wenig in der Lage auf Bundesfördermittel zuzugreifen. Die Ursache liegt aus unserer Sicht eindeutig bei einer nicht ausreichenden bzw. nicht zielgerichteten Landesförderung. Ähnlich anderer Sparten der Kulturförderung bedarf es auch in der Literaturförderung des Landes einer Ausdifferenzierung, die eine Exzellenzförderung möglich macht. Für diese Weiterentwicklung möchten wir die Expertise der literaturfördernden Vereine des Landes nutzen.

Für eine verbesserte Einbindung der herausragenden Projekte und Programme des Landes, wie z.B. der Landesliterartage in das Tourismuskonzept will DIE LINKE in der 8. Legislatur mit den Fachverbänden in Austausch treten.

AfD

Wir wollen darauf achten, dass bei der Kulturförderung nicht nur in Sachsen-Anhalt sondern bundesweit allein die Qualität der Leistungen den Ausschlag gibt. Das ist gerecht und sachangemessen, und davon profitieren alle.

Verlagswesen Sachsen-Anhalt

*Zuwendungschancen sind maßgeblich auch von Veröffentlichungen der Autoren*innen abhängig. Ohne stabile Verlage, die die lokale Literaturszene unterstützen und den Autoren*innen in Sachsen-Anhalt Veröffentlichungen ermöglichen, gibt es kaum Chancen auf bundesweite Förderungen, Auszeichnungen und Stipendien.*

37. Welche Pläne besitzt Ihre Partei, um das Verlagswesen in Sachsen-Anhalt zu unterstützen?**CDU**

Ziel der CDU ist, die Folgen der Pandemie auch für das Verlagswesen abzumildern. Grundsätzlich muss eine Unterstützung davon abhängig gemacht werden, inwieweit eine angemessene Repräsentanz von Autoren aus Sachsen-Anhalt sichergestellt ist. Die CDU wird das Verlagswesen dabei unterstützen.

SPD

Die Verlagslandschaft in Sachsen-Anhalt ist klein, aber fein und hat sich als wichtiger Teilmarkt der Kultur- und Kreativwirtschaft im Land entwickelt. Eine direkte Förderung von Verlagen ist derzeit nicht vorgesehen. Künstler*innen können über die Kunststiftung Sachsen-Anhalt Anträge zu Publikationsförderung stellen, die dann ggf. von regionalen Verlagen realisiert werden können. Das Wirtschaftsministerium und die Stadt Magdeburg unterstützen die Präsentation auf der Leipziger und Frankfurter Buchmesse mit einem Stand.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auch das Verlagswesen hat unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie enorm gelitten. Buchmessen fanden nicht statt ebenso Lesungen und Buchvorstellungen. Auch hier gilt es, die Verlage zu unterstützen und insbesondere dann, wenn Messen, Lesungen etc. wieder möglich sind, den Neustart finanziell zu unterstützen, z.B. durch die verstärkte Förderung von Messebeteiligungen.

DIE LINKE

Der Medienwandel und die daraus erwachsenen strukturell komplexen Ansprüche an Technik und Personal stellt für das Verlagswesen eine Herausforderung dar. Es ist zu prüfen inwiefern das Verlagswesen in Sachsen-Anhalt mittels Wirtschaftsförderung in dem notwendigen Transformationsprozess unterstützt werden kann.

AfD

Keine. Verlage sind Wirtschaftsunternehmen, die sich selbst am Markt behaupten müssen.

Traditions- und Heimatpflege sowie ehrenamtliches Engagement

Pflege der Traditionen – Identitäts- und Haltefaktor

Sachsen-Anhalt ist reich an historischen Zeugnissen. Die Erforschung, Vermittlung und Publizierung der Geschichte ist ein wichtiges Aufgabenfeld der ehrenamtlich engagierten Mitglieder in den Heimat- und Bürgervereinen unseres Landes.

38. Welche Möglichkeiten sieht die Politik in Zukunft, um dieses bürgerschaftliche Engagement weiter zu fördern?

CDU

Die CDU unterstützt die Förderungen der ehrenamtlich engagierten Mitglieder in den Heimat- und Bürgervereinen unseres Landes. Die bestehenden vielfältigen Fördermöglichkeiten sollen im Rahmen der Möglichkeiten des Haushaltes erhalten und ggf. weiterentwickelt werden. Ziel der CDU ist, eine Erleichterung von Projekten über mehrere Kalenderjahre anzustreben.

SPD

Siehe Antwort auf Frage Nr. 34

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir setzen uns für die Einrichtung einer landesweiten Beratungsstelle für die Antragstellung von Fördermitteln im Bereich Kultur ein. Siehe dazu auch unsere Antwort zu Frage 41.

DIE LINKE

DIE LINKE hat im Jahr 2020 einen Gesetzentwurf zur Stärkung des Ehrenamtes in den Landtag eingebracht. Siehe Antwort auf Frage 34

AfD

Heimat und Bürgervereine, die sich dieser bedeutenden Aufgabe widmen, sind im Rahmen der Projektförderung besser zu unterstützen. Bei institutioneller Förderung sind wir jedoch auch hier skeptisch, weil sie leicht zu Trägheit verführt.

Pflege des kulturellen Erbes – sozialer und integrativer Faktor

*Der demografische Wandel in unseren Städten und im ländlichen Raum führt zu sozialen Veränderungen. Die Arbeit der Bürger*innen in Vereinen und/oder in Projekten leistet einen wichtigen Beitrag zur aktiven Gestaltung der gesellschaftlichen Prozesse. Oftmals übernehmen Vereine im freiwilligen Engagement kommunale Aufgaben zur Erhaltung und Betreuung des kulturellen Erbes.*

39. Wie will die Politik die Teilhabe aller Bürger*innen bei diesem Prozess generations- und sozialübergreifend unterstützen?

CDU

Solche Projekte gibt es in vielfältiger Weise im Land Sachsen-Anhalt. Wir begrüßen dies ausdrücklich.

Besondere Herausforderungen stellen sich in den nächsten Jahrzehnten durch den demografischen Wandel, die Folgen der Globalisierung und die damit einhergehende, stark zunehmende berufliche Mobilität der berufstätigen Bevölkerung. Die CDU möchte die in diesem Bereich ehrenamtlich Tätigen durch finanzielle Förderung der Projekte sowie durch fachliche Betreuung in entsprechenden Einrichtungen (beispielsweise das ZMA Magdeburg) unterstützen.

SPD

Als Politik unterstützen wir die Bürger*innen indem wir Rahmenbedingungen gestalten und Projekte vor Ort fördern. Durch Mehrgenerationenhäuser und die Arbeit verschiedener Vereine gelingt es immer besser, auch generationsübergreifende Angebote zu machen. Wir setzen uns für stabile und verlässliche Kommunalfinanzen ein, die es den Kommunen ermöglichen, solch freiwillige Aufgaben der Kultur-, Projekt-, bzw. Vereinsförderung zu schultern, die vor Ort integrierend wirken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Leben in ländlichen Räumen findet vielfach in Vereinen statt, vom Sportverein über Heimatvereine, Karnevalsvereine und auch in der Freiwilligen Feuerwehr. Damit wird Kulturpflege betrieben, die regionale Identität gestärkt und die Generationen finden sich dort zusammen. Und dennoch hängen diese Aktivitäten und Veranstaltungen immer am Engagement Einzelner, die mit ihrer Energie und ihrer Kreativität das kulturelle Leben vor Ort bereichern. Ein gelungenes Beispiel ist die Künstlerstadt Kalbe.

Für all die Engagierten vor Ort ist eine verlässliche Förderung sowie eine passgenaue Information und Beratung bei der Antragstellung wichtig. Dafür sollte eine landesweite Beratungsstelle ins Leben gerufen werden. Das Ziel, die Infrastruktur auf dem Land zu erhalten, kann nur erreicht werden, wenn auch die Kultur- und Freizeitangebote mitgedacht werden. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist hier beispielsweise der Erhalt und die bessere Ausstattung der Bibliotheken vor Ort. Weitere Ideen sind selbstverwaltete Räume für Jugendliche oder ein Dorfgemeinschaftshaus für Senior*innen. Außerdem sind kleine Museen und Bibliotheken wichtige Orten der generationenübergreifenden kulturellen Infrastruktur. Wir wollen ein Programm auflegen, damit Kommunen diese Orte zu Begegnungsorten für die ganze Gemeinschaft weiterentwickeln. So könnten dort Schüler*innen ihre Hausaufgaben machen oder auch Coworking-Spaces angedockt werden.

DIE LINKE

DIE LINKE hat bereits vor Jahren einen Entwurf für ein Kulturfördergesetz Sachsen-Anhalt im Landtag vorgelegt, das als neues Struktur- und Finanzierungselement der Sicherung künftiger Aufgaben in der Landeskulturpolitik dienen soll. Der Gesetzentwurf sieht die Beteiligung aller Landkreise und kreisfreien Städte an der Finanzierung herausragender Kulturprojekte und Kultureinrichtungen in der Region vor und dient der Erschließung neuer Finanzierungsquellen für kulturelle Maßnahmen. Darüber hinaus dient unser Gesetzentwurf zur Stärkung des Ehrenamts (siehe Antwort auf Frage 34) dem Auf- und Ausbau von Strukturen bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Gebieten.

AfD

Der „demografische Wandel“ ist ein Euphemismus für das langsame Sterben unseres Volkes. Wir finden uns mit diesem Prozess ab, und wollen alles tun, um mit einer aktivierenden Familienpolitik gegenzusteuern.

Immaterielles Kulturerbe in Sachsen-Anhalt

Alle zwei Jahre können Anträge zur Aufnahme in das Verzeichnis Immateriellen Kulturerbes des Bundes eingereicht werden. Ein Verzeichnis des Landes gibt es bisher nur in Ansätzen.

40. Wie werden zukünftig Kulturträger des immateriellen Kulturerbes (sowohl Antragsteller*innen als auch bereits ins Verzeichnis eingetragene) in Sachsen-Anhalt unterstützt?

CDU

Das Land Sachsen-Anhalt ist im bundesweiten Vergleich im Verzeichnis des IKE mit 5 (von 13 insgesamt) Kulturformen und mit einem Modellprojekt vertreten. Zudem werden in Sachsen-Anhalt ebenfalls viele der länderübergreifenden Kulturformen (Falknerei, Köhlerei, Deutsche Brotkultur, u. v. m.) gelebt. Des Weiteren fördert das Land verschiedene (Kultur-) Dachverbände institutionell. Diese Unterstützung trägt auch dazu bei, dass potentielle Träger des IKE zu einer Antragstellung motiviert und bei dieser unterstützt werden. Zudem wurde das IKE auf Anregung der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur als wesentliches Bewertungskriterium in den Katalog zur Bewertung von Projektanträgen aufgenommen. Dieser Katalog ist ein Instrument für den LHB, die verschiedenen Förderprojekte im Land zu bewerten und zu priorisieren. Insofern besteht die Möglichkeit, dass Förderbegehren, die ein IKE zum Inhalt haben, in ihrer Bewertung durch den LHB besonders berücksichtigt werden können.

SPD

Um die Eintragung eine kulturelle Ausdrucksform und ihrer Trägerformen in das bundesweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes zu erreichen, ist eine Bewerbung alle zwei Jahre bei der Staatskanzlei / Ministerium für Kultur möglich. Jedes Bundesland trifft eine Vorauswahl und leitet diese an die Kultusministerkonferenz weiter. Im Land wird dies vom Landesheimatbund fachlich begleitet, der auch zum Antragsverfahren berät.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Immaterielles Kulturerbe berücksichtigt keine Ländergrenzen. Eine eigene Landesliste, wie sie unter den Bundesländern nur Bayern und Nordrhein-Westfalen betreiben, streben wir für Sachsen-Anhalt nicht an. Die Unterstützung des Landes für Anträge zur Aufnahme in das bundesweite Verzeichnis erfolgt über den Landesheimatbund und soll fortgesetzt werden. Bei der angestrebten Weiterentwicklung des Landeskulturmarketings müssen die lokal auf Sachsen-Anhalt begrenzten Beispiele aus dem Bundesverzeichnis des immateriellen Kulturerbes mehr Beachtung erfahren.

DIE LINKE

Die Möglichkeiten der Unterstützung der Kulturträger des Immateriellen Kulturerbes möchten wir mit den Fachverbänden eruieren und in der 8. Wahlperiode umsetzen.

AfD

Der Begriff des „immateriellen Kulturerbes“, zu dem so disparate Dinge gehören wie die Idee der Genossenschaften, der Orgelbau oder die Morsetelegrafie, erscheint uns generell fragwürdig. Das Meiste, was darunter begriffen wird, ist im Rahmen allgemeiner Kulturförderung förderungswürdig.

Pflege der Kulturlandschaften – Lebensgrundlage für zukünftige Generationen

*In der sozioökonomischen Analyse zur Programmplanung für ESF und EFRE 2021 bis 2027 (<https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/neue-foerderperiode-2021-bis-2027/>) wird auf den reichen Bestand an Kulturstätten und historischen Kulturlandschaften in Sachsen-Anhalt verwiesen. Der Erhalt und die Pflege unserer Kulturlandschaften und ihrer territorialen Besonderheiten sind ein Anliegen des Landesheimatbundes Sachsen-Anhalt, der Regionalverbände sowie der vor Ort agierenden Vereine. Das setzt eine qualifizierte fachliche und methodische Betreuung aller Akteur*innen voraus.*

41. Welche Fördermöglichkeiten initiiert die Politik, um die langfristige und nachhaltige Betreuung der in diesem Bereich (citizen science) ehrenamtlich Tätigen zu gewährleisten?

CDU

Die CDU unterstützt durch den Einsatz der sogenannten Engagementbotschafter die Bildung eines Netzwerkverbundes, der es erlaubt, auf relativ kleinteilige Art unterstützend tätig zu werden. Grundsätzlich müssen zur Bewältigung der Aufgaben auch die Kommunen eingebunden werden.

SPD

Siehe Antwort auf Frage Nr. 34

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fachliche und methodische Betreuung von Akteur*innen in der Kulturlandschaft Sachsen-Anhalt leisten direkt oder indirekt die Dach- und Fachverbände auf Landesebene, wie der Landesheimatbund, die Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung (lkj), der Museumsverband, das Landeszentrum Freies Theater (LanZe), der Friedrich-Bödecker-Kreis, der Landesmusikrat oder der Landesverband der Musikschulen. Dafür erhalten diese eine institutionelle Förderung durch das Land und sie können zusätzlich Projektfördermittel einwerben. Wie alle institutionellen Förderungen sollen auch diese evaluiert werden, doch ist eine Fortsetzung der Förderung von Dach- und Fachverbänden dieser Art weiter angestrebt.

Citizen science, also die konkrete Beteiligung an Forschung durch Ehrenamtliche, ist ein Spezialfall ehrenamtlicher Mitarbeit, der die Einbindung wissenschaftlicher Expertise zur Aufbereitung der Fragestellungen für die Bearbeitung durch interessierte Laien erfordert.

DIE LINKE

Auch an dieser Stelle verweisen wir auf die Antwort auf Frage 34, die sich auf unseren Gesetzentwurf zur Stärkung des Ehrenamtes bezieht. Insbesondere beabsichtigen wir mit dem Gesetzentwurf durch Einrichtung der von den Kommunen zu beantragenden zweckgebundenen Kommunalbudgets vor Ort bereits vorhandene ehrenamtliche Strukturen zu stärken oder auszubauen. Wir wollen damit auch spontanes und oftmals nicht vereinsgebundenes Ehrenamt unterstützen. Der einwohnerzahlenbezogene Zuschuss soll zur Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten beitragen.

AfD

Wer sich ehrenamtlich engagiert, sollte so selbstbewusst, organisiert und kompetent sein, dass er nicht betreut werden muss.

Nachhaltigkeit

Mehrere Initiativen in Sachsen-Anhalt widmen sich dem Thema „Nachhaltigkeit“. Hier fehlen bisher in der Landesstrategie die Themen „Kultur“ und „Engagement“.

42. Welche Anregungen sollen zukünftig aufgenommen werden? Gibt es eine Erfolgskontrolle?**CDU**

Auch an dieser Stelle können die Engagementbotschafter Rückmeldungen über die Umsetzung kulturpolitischer Ziele unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit leisten.

SPD

Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 wurden 17 ökonomische, Ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele benannt, die auch für den Kulturbereich sehr relevant sind. Dies sind u.a. die Bereiche kulturelle Bildung und kulturelle Integration, Geschlechtergerechtigkeit, die Bewahrung des kulturellen Erbes und das Engagement für Kultur in ländlichen Räumen und die Verpflichtung für mehr Klima- und Umweltbewusstsein im Kulturbetrieb. Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, Kultureinrichtungen für die Nachhaltigkeitsziele zu sensibilisieren, gemeinsam eine Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln und in die Förderrichtlinien zu implementieren. Neben vielfältigen und qualitativ hochwertigen künstlerischen Programmen für alle Generationen, soll ressortübergreifendes Denken und Handeln gefördert werden. Wir setzen uns für eine Modernisierung der Förderinstrumente mit der Verankerung der Nachhaltigkeitskriterien und verpflichtenden sozialen Mindeststandards sowie Mindesthonoraren beim Einsatz Öffentlicher Mittel, insbesondere in der freien Kultur- und Projektförderung und mehr Geschlechtergerechtigkeit in öffentlichen Gremien und Beiräten sowie Familienstipendien zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein. Wir wollen zudem Kultureinrichtungen unterstützen, die auf eine ressourcenschonendere Produktion, umweltfreundliche Energie und Technik oder Kommunikation ohne Print-Produkte etc. umstellen. Dafür soll es ein eigenes Förderprogramm geben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Künstler*innen schaffen es immer wieder, das Verhältnis von Mensch und Natur in unterschiedlichen Zusammenhängen neu zu interpretieren und Alternativen auszuloten. Ziel soll es sein, auf öffentlichen Plattformen auf die jeweils aktuell brennenden Fragen unserer Zeit künstlerische Antworten zu suchen, um Produzenten und Verbraucher noch stärker in die gemeinsame Reflexion und Verantwortung einzubeziehen. Dafür wollen wir zielgenaue Förderprogramme und kulturpolitische Initiativen auf den Weg bringen.

DIE LINKE

Kultur kann einen wichtigen Beitrag bei der gesellschaftlichen Transformation zu mehr Nachhaltigkeit in allen Ebenen leisten. Nachhaltigkeit ist Teil der Fortschreibung der linken Kulturentwicklungsplanung. DIE LINKE wird Verbände, Kultureinrichtungen und Freie Kulturakteure darin unterstützen, indem sie u.a. auch durch eine autonomere Kunst- und Kulturförderung ein vielfältiges künstlerisch hochwertiges Programm ermöglicht, umfassende Bildungsangebote für alle Generationen unterstützt sowie Partnerschaften zwischen Kunst und Kultur und z.B. Wissenschaftseinrichtungen anregt.

AfD

Nachhaltigkeit wird in aller Regel nicht durch Nachhaltigkeitsinitiativen erreicht

Pflege der sprachkulturellen Traditionen

Sachsen-Anhalt ist das Bundesland, in dem mit Wittenberg, Köthen und Magdeburg entscheidende Wurzeln für die Herausbildung unserer heutigen deutschen Sprache zu finden sind. Deshalb sollten sowohl das niederdeutsche als auch das mitteldeutsche Erbe einen angemessenen Platz in der zukünftigen Kulturpolitik des Landes finden.

43. Welche Möglichkeiten sieht die Politik, die Förderung der Regionalsprache Niederdeutsch und der Mundarten strukturell und verlässlich zu integrieren?

CDU

Die Koalitionsfraktionen, haben in dieser Wahlperiode einen Antrag auf den Weg gebracht und beschlossen, der die verstärkte Hinwendung zum Niederdeutschen im Unterricht an unseren Schulen vorsieht. Die Landesregierung ist darin vom Landtag gebeten worden, im Ausschuss für Bildung und Kultur über die Maßnahmen zur Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Bezug auf das für Sachsen-Anhalt relevante Niederdeutsch zu berichten. Zusätzlich sollen Bildungsangebote für den Erwerb und die Pflege der niederdeutschen Sprache in geeigneter Weise, insbesondere in Kindertagesstätten und Grundschulen, unterstützt werden. Die CDU wird dieses Vorgehen weiterhin unterstützen.

SPD

Plattdeutsch bzw. Niederdeutsch ist eine Regionalsprache in verschiedenen Gebieten des Landes, die aber von immer weniger Menschen aktiv gesprochen wird. Der Landtag hat sich mit seinem Beschluss 7/4431 „Niederdütsche Sprook in Sassen-Anhalt wedder opleven laten“ zur Verantwortung für die Bewahrung und Förderung der niederdeutschen Sprache bekannt. Bei der Arbeitsstelle Niederdeutsch an der Otto-von-Guericke-Universität werden verschiedene Projekte zur Pflege des Niederdeutschen umgesetzt, u.a. ein Vorlese- und Theaterwettbewerb, die wissenschaftliche Forschung, aber auch Projekte in den Kitas, Grund- und weiterführenden Schulen (bsp. niederdeutscher Projekttag) sowie eine Fortbildung für Lehrkräfte für Niederdeutsch im Verbreitungsgebiet.

Um eine regionale Identifikation mit der niederdeutschen Sprache in der Öffentlichkeit zu eröffnen, soll den Kommunen die Möglichkeit eingeräumt werden, auf Antrag bei der Kommunalaufsichtsbehörde gemäß § 14 Abs. 3 KVG LSA ihre Ortsnamen ergänzend auf Niederdeutsch zu führen. Daneben fördert das Land die Fertigstellung des an der Martin-Luther-Universität erarbeiteten Mittelbischen Wörterbuchs. Wir wollen diese Aktivitäten weiter fortsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es gehört zur Erhaltung unseres kulturellen Erbes die niederdeutsche Sprache zu bewahren. Die aktuelle Sprachsituation des Niederdeutschen soll evaluiert und sich auf wissenschaftlicher Basis mit Möglichkeiten des Erwerbs und der Pflege der Regionalsprache auseinandergesetzt werden. Dazu wollen wir zum einen die Forschungsprojekte der Arbeitsstelle Niederdeutsch angemessen finanziell unterstützen und zum anderen die Fertigstellung des Mittelbischen Wörterbuchs sicherstellen. Zur Sprachpflege gehört außerdem, dass die künftige Landesregierung regelmäßig aktiv auf Kindertagesstätten und Schulen zugeht und für die Verwendung der vorhandenen Lehr- und Lernmaterialien, z.B. des Plattdütschbüdels, sowie für die Möglichkeit, als Projektschule zu fungieren, wirbt.

DIE LINKE

Wir werden die Maßnahmen zur Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen insbesondere auf Umsetzung in den Kitas und an den Grund- und weiterführenden Schulen in Sachsen-Anhalt mit dem Ziel einer gesicherten Verankerung im Bildungsbereich prüfen. Die darüberhinausgehenden Schritte zur strukturellen Integration der Regionalsprache Niederdeutsch und der Mundarten sind fortzuführen.

AfD

Eine Möglichkeit wäre, Stellen und Lehrstühle an unseren Universitäten, die aktuell noch den Gender Studies und anderen unsinnigen politisch-ideologischen Projekten wie etwa der kritischen „Weißseinsforschung“ gewidmet sind, in Stellen umzuwidmen, die sich mit den genannten Varietäten unserer schönen deutschen Sprache befassen.

Demografie

Gerade bei ehrenamtlich aufrecht gehaltenen Kulturbetrieben in Sachsen-Anhalt zeichnet sich ein Demografieproblem ab. Viele kleine Einrichtungen und Organisationen verlieren zunehmend Mitglieder, und bisherige (ehrenamtliche) Geschäftsführungen gehen in den Ruhestand. Gleichzeitig wachsen nicht genügend nachhaltige Projekte und Strukturen nach.

44. Wie werden Sie die Entwicklung von durch Bürger*innen getragenen Kulturstrukturen in Zukunft unterstützen?

CDU

Ziel der CDU ist, die jüngeren Generationen an die bestehenden Kulturstrukturen heranzuführen und für kulturelle Projekte zu gewinnen. Deshalb muss die Vereinsarbeit gestärkt werden und Museen als natürliche Anlaufpunkte für Jugendgruppen unterstützt werden. Dabei kommt der Zusammenarbeit mit den örtlichen bzw. regionalen Schulen eine besondere Rolle zu.

SPD

Wir wollen das Ehrenamt stärken und die Bedingungen verbessern, damit auch junge Menschen sich für ein Ehrenamt entscheiden. Zur Erarbeitung der Ehrenamtsstrategie siehe Antwort auf Frage 34.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Probleme beim Übergang in die nächste Generation sind bei (auch) ehrenamtlich getragenen Kultureinrichtung oder -organisation, genau wie bei inhabergeführten Unternehmen, hierzulande deshalb so groß, weil vielfach die heutigen Verantwortlichen dieselben sind, die in den 1990er Jahren die Gründer*innen waren. Deshalb könnte es analog zu Aktivitäten im gewerblichen Bereich auch für durch Bürger*innen getragene Kulturstrukturen Beratungsangebote für eine Zukunftssicherung geben. Den Willen und die Bereitschaft, auf die nächsten Generationen zuzugehen, muss jedoch aus den Kultureinrichtungen und -organisationen selbst kommen.

DIE LINKE

(s. Antwort zu Frage 45)

AfD

Was keinen Nachwuchs findet, dem fehlt anscheinend die Attraktivität und das muss auch nicht um jeden Preis erhalten werden. Das Institut für Staatspolitik in Schnellroda dagegen ist eine lebendige Struktur, die ohne jede staatliche Förderung auskommt und sich über Nachwuchs nicht beklagen kann, dabei aber nicht nur nicht gefördert, sondern aus politischen Gründen unter Druck gesetzt wird. Deshalb sagen wir erneut: eine politisch neutrale Kulturförderung, die sich an dem orientiert, was aus der Bürgerschaft selbst kommt, ist der Königsweg.

Überarbeitung Landeshaushaltsordnung zur Fördermittelbeantragung

Das Beantragen und Abrechnen von Fördermitteln stellt nach wie vor eine hohe Belastung des ehrenamtlichen Engagements mit Verwaltungsaufwand dar.

45. Welche Potenziale sehen Sie in der Überarbeitung der Landeshaushaltsordnung für das Minimieren bürokratischen Aufwands im Bereich des ehrenamtlichen Engagements?

CDU

Die Anforderungen an die notwendigen Eigenmittel sind in LSA sehr großzügig gehalten. Die CDU wird prüfen, inwieweit das Minimieren des bürokratischen Aufwands im Bereich des ehrenamtlichen Engagements möglich ist

SPD

Wir setzen uns in der nächsten Legislatur für eine Modernisierung der Förderinstrumente, der Antrags- und Abrechnungsverfahren sowie für mehr über- und mehrjährige Verträge bei langjährig geförderten Projekten ein. Zudem soll es regelmäßige Kulturförderberichte geben. Inwiefern dies auch für das ehrenamtliche Engagement Erleichterungen bringen kann, muss noch geprüft werden. Dies soll im Rahmen der Erarbeitung der Engagementstrategie unter Einbindung der zahlreichen Akteur*innen ressortübergreifend erfolgen. Siehe dazu auch die Antwort auf Frage 34.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oft sind Fördermöglichkeiten den ehrenamtlich Engagierten unbekannt oder Anträge sind unübersichtlich und schwer zu verstehen. Insbesondere in kulturellen Bereichen finden viele Projekte ehrenamtlich statt, und somit auch die Anfragen auf Förderungen. Wir wollen eine landesweite Beratungs- und Servicestelle für kulturelle Projekte schaffen, um Ehrenamtlichen Hilfestellung bei der Beantragung von Fördergeldern zu geben. Eine Überarbeitung der LHO diesbezüglich planen wir derzeit nicht.

DIE LINKE

Siehe Antwort auf Frage 34 und 41

Mit der Errichtung des von uns im Rahmen unseres Gesetzentwurfs zur Stärkung des Ehrenamtes vorgesehenen Ehrenamtsfonds durch das Land würden die aktuell gültigen Zuwendungsrichtlinien und Projektförderungen ersetzt. Der zukünftige Finanzierungsbedarf soll dann haushaltsperiodische Gutachten ermitteln, die Planungssicherheit geben. Mit diesem Fonds erreichen wir eine erhebliche Systemumstellung in der Fördermittelverwaltung.

AfD

Der bürokratische Aufwand ist generell zu reduzieren. Das Entscheidende müssen die Inhalte sein, die in einem unkomplizierten Prozess bewertet werden müssen.

Bildende Kunst

- 46. Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor, um eine faire Vergütung bildender Künstler*innen auf Landesebene umzusetzen (Stichwort „Ausstellungs- und Mitwirkungsvergütung“)?**

CDU

Die CDU wird sich für eine Prüfung dieses Anliegen in der kommenden Wahlperiode einsetzen.

SPD

Viele freischaffende Künstler*innen arbeiten oftmals unter prekären Bedingungen und werden nicht angemessen bezahlt. Wir setzen uns für verpflichtende soziale Mindeststandards und Mindesthonorare beim Einsatz öffentlicher Mittel, insbesondere in der freien Kultur- und Projektförderung (bspw. Ausstellungshonorare) ein. Es soll keine Projektförderung mehr genehmigt werden, die diese Standards nicht erfüllt. Wir wollen zudem die Abschaffung von Haustarifen und der verpflichtenden Teilzeitvereinbarungen in den Theatern und Orchestern sowie die tarifgerechte Bezahlung bei Vereinen und Verbänden, die im Landesinteresse arbeiten. Auf Bundesebene wollen wir die Künstlersozialkasse stärken und die besonderen Arbeitsbedingungen von Künstler*innen stärker berücksichtigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kultur und Kunst müssen angemessen bezahlt werden. Deswegen haben wir beispielsweise in der abgelaufenen Legislatur die Bezahlung in institutionell geförderten Einrichtungen nach Tarif schrittweise wieder eingeführt. Dazu gehört ebenfalls, dass Freischaffende für ihre Leistungen angemessen honoriert werden. Wir wollen eine Ausstellungsvergütung für Künstler*innen in allen vom Land geförderten Einrichtungen durchsetzen.

DIE LINKE

DIE LINKE will verbindliche Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit, branchenspezifische Honoraruntergrenzen und eine rechtlich abgesicherte Ausstellungsvergütung für Bildende Künstler*innen. Die Fördersysteme müssen in diesem Sinne angepasst werden, um nachhaltiger und krisenfester zu werden. Sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene setzen wir uns dafür ein.

AfD

Auch bildende Künstler müssen sich letztlich am Markt behaupten.

- 47. In welcher Form setzen Sie sich dafür ein, dass Kunst-am-Bau-Aufträge bei öffentlichen Baumaßnahmen verpflichtend eingeführt werden? (aktuell gilt eine Kann-Bestimmung mit bis zu 1% der Bauwerkskosten, siehe RLBau LSA, K 7. Beteiligung bildender Künstler)**

CDU

Wir halten die bestehende Regelung für ausreichend. Grundsätzlich führen derartige Maßnahmen zum Teil zu einer starken Belastung des kommunalen Haushaltes, da nicht alle Maßnahmen durch eine Förderung des Landes abgedeckt werden können.

SPD

Die Umsetzung von Kunst-am-Bau-Aufträgen ist uns ein wichtiges Anliegen, um Kunstwerke sachsen-anhaltischer Künstler*innen sichtbar zu machen. Nach unseren bisherigen Erkenntnissen eignet sich aber nicht jedes öffentliche Bauprojekt für die Einbindung von Kunstwerken. Wir werden in der kommenden Legislatur prüfen, inwieweit die Möglichkeit von Kunst-am-Bau-Aufträgen ausgebaut werden kann bzw. ob es andere Möglichkeiten gibt, Künstler*innen zu fördern und ihre Werke im öffentlichen Raum stärker sichtbar zu machen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Derzeit verfolgen wir diese Verpflichtung nicht, wir wollen dazu aber gerne mit dem BBK in Kontakt treten und die Situation eruieren.

DIE LINKE

Mit der konsequenten Umsetzung des Programms „Kunst am Bau“ wollen wir bildende Künstler*innen unterstützen und das Landesprofil sichtbar schärfen. DIE LINKE will an dieser Stelle eine veränderte Praxis einführen. Wir wollen, dass künftig 3 Prozent der Kosten öffentlicher Bauten für Kunstwerke verwendet werden.

AfD

Überhaupt nicht. Das Ergebnis wäre nichts anderes als eine weitere Gängelung der Bauherren, die aktuell durch das Baurecht und Bauordnungsrecht schon über Gebühr eingengt werden. Außerdem sind die Kunstwerke, die so entstehen, wie die Erfahrung lehrt, oft sehr gewöhnungsbedürftig.

48. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie im Feld künstlerischer Nachlässe, sowohl in Bezug auf digitale Möglichkeiten als auch in Bezug auf die physische Sicherung und Pflege von Künstlernachlässen?

CDU

Die Fragen der künstlerischen Nachlässe, sowohl in Bezug auf digitale Möglichkeiten als auch in Bezug auf die physische Sicherung und Pflege von Künstlernachlässen liegen grundsätzlich in der Verfügungshoheit der Erben und nicht der Öffentlichkeit.

SPD

Wir werden uns in der kommenden Legislatur verstärkt um das Thema künstlerischer Nachlässe kümmern und gemeinsam mit dem VBB nach Möglichkeiten für die physische Sicherung, die Pflege und die Digitalisierung suchen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Durch die wertvolle Arbeit des BBK konnten immer mehr Verzeichnisse in der Werk-Datenbank aufgenommen werden. Wir wollen in der nächsten Legislatur die Notwendigkeit einer Bedarfsanalyse und einer Machbarkeitsstudie prüfen. Außerdem muss die Fortsetzung der Förderung für die Werk-Datenbank auf den Tisch. Es sollte aus unserer Sicht jedoch keine generelle Verpflichtung des Landes geben, Künstler*innen-Nachlässe zu sichern.

DIE LINKE

DIE LINKE will Kulturgüter digital sichern und für alle zugänglich machen. Dafür brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Digitalisierungsstrategie. Aus diesem Grund wollen wir Initiativen, die sich den Nachlässen regionaler bildender Künstler*innen widmen, unterstützen. Dazu braucht es zunächst einen Maßnahmenkatalog, der über die bereits gesicherten Kulturgüter hinausgeht. Neben einer dezentralen, digitalen Erfassung von Werkverzeichnissen ist ein der Öffentlichkeit zugängliches Depot für ausgewählte Werke regionaler Künstler*innen aus unserer Sicht eine zentrale Maßnahme der Pflege und Sicherung von Künstlernachlässen. Der Berufsverband Bildender Künstler Sachsen-Anhalt ist für uns hier erster Ansprechpartner.

AfD

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt macht eine gute Arbeit. Wir sehen wenig Handlungsbedarf.

49. Was halten Sie von der Aufspaltung des Landeskunstpreises in einen Preis für ein Lebenswerk- und einen Nachwuchspreis?

CDU

Die CDU wird sich für eine Prüfung Ihres Anliegens in der 8. Wahlperiode einsetzen.

SPD

Zu dieser Idee haben wir uns noch keine abschließende fachliche Meinung gebildet. Sollte dies von den Kulturakteur*innen gewünscht werden, freuen wir uns auf den Austausch dazu.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eine solche Aufspaltung des Landeskunstpreises befürworten wir derzeit nicht.

DIE LINKE

Analog der Kunstpreise anderer Sparten ist eine Aufteilung des Landeskunstpreises in einen Nachwuchspreis und einen Preis für ein Lebenswerk sinnvoll, um die Nachwuchsförderung im Bereich Bildender Künstler*innen zu stärken. In diesem Zusammenhang ist der Vergabemodus sowie die Dotierung des Preises anzupassen.

AfD

Das wäre aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen sicherlich sinnvoll.

50. Welches Instrument sehen Sie vor dem Hintergrund des Informationstransparenzgesetzes als geeignet an, um Zusammensetzung und Tätigkeit des Kunstbeirates des Landes transparenter zu kommunizieren?

CDU

Der Kunstbeirat ist ein gewähltes Gremium. Er erfüllt seine Kommunikationspflicht im Rahmen seiner Satzung.

SPD

Die intransparente Zusammensetzung des Kunstbeirates war Anlass für eine Kleine Anfrage unserer Abgeordneten Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (Lt.-Drs. 7/1024). Im Erlass des Kultusministeriums vom 27. Februar 2013 - 42.2-57108 heißt es „Beim Kultusministerium wird ein Kunstbeirat berufen. Er berät die Landesregierung in Angelegenheiten der bildenden und angewandten Kunst. Mit seinen Empfehlungen unterstützt der Kunstbeirat die Umsetzung der kulturpolitischen Leitlinien der Landesregierung sowie der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur vom 22. Dezember 2008 (MBI. LSA S. 878). Im Rahmen seiner Tätigkeit analysiert er aufgrund seiner Fachkompetenz die Entwicklung der bildenden und angewandten Kunst im Land und gibt Empfehlungen zur Ausprägung von Förderschwerpunkten. Er fördert und regt Initiativen zur Vernetzung und Präsentation des Kunstschaffens in Sachsen-Anhalt an.“ Bis heute ist nicht offiziell bekannt, wer dem Kunstbeirat angehört, wer die Mitglieder sind und welche Entscheidungen sie treffen. Wir werden uns in der nächsten Legislatur für Veränderungen, z.B. ein öffentliches Register der Ankäufe durch das Land, einsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir befürworten eine Veröffentlichung der jeweils neuen Zusammensetzung des Kunstbeirates über das Ministerialblatt hinaus durch eine Pressemitteilung des Ministeriums.

DIE LINKE

Ein wesentliches Kriterium der Kulturförderung ist die Transparenz. Die transparente Zusammensetzung des Kunstbeirates ist aus unserer Sicht zwingend notwendig, um die Freiheit der Kunst zu gewährleisten und die notwendige Distanz zwischen Verwaltung und künstlerischem Ansatz umzusetzen.

AfD

Informationstransparenzgesetz klingt gut, bringt aber nur Bürokratie und Rechtsunsicherheit mit sich. Wir sind skeptisch.

51. Haben Sie eine Strategie für die Steigerung der überregionalen Wahrnehmung bildender Künstler*innen aus Sachsen-Anhalt, etwa hinsichtlich diverser Stipendien des Bundes wie dem Villa Massimo-Stipendium?

CDU

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt keine Strategie vor. Die CDU wird prüfen, inwieweit in Abstimmung mit dem Bund eine solche Strategie erarbeitet und umgesetzt werden kann.

SPD

Um bildende Künstler*innen aus Sachsen-Anhalt überregional bekannt zu machen, kann die Öffentlichkeitsarbeit der Einrichtungen verbessert werden, die die Stipendien vergeben. Denkbar sind auch Präsentationen der Künstler*innen in den Stiftungen und/oder öffentlichen Einrichtungen des Landes. Dazu würden wir in der kommenden Legislatur gern eine Landesausstellung zeitgenössischer Kunst realisieren. Wir setzen uns dafür ein, dass u.a. die Kunstsammlung des Landes stärker wahrgenommen wird und die Ankäufe regelmäßig präsentiert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neben der Projektförderung ist die Stipendiat*innenförderung ein wirkungsvolles Instrument Künstler*innen im Land zu fördern und zu unterstützen. Die Heimatstipendien der Kunststiftung Sachsen-Anhalt sind weit über das Land hinaus bekannt und eine Erfolgsgeschichte. Dieses Programm wollen wir verstetigen und stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass dafür die Struktur der Kunststiftung Sachsen-Anhalt ausgebaut und die finanzielle Ausstattung verbessert wird.

DIE LINKE

Viele Künstler*innen sind auf Preise, Projektförderungen bzw. Stipendien angewiesen, um ihre Arbeit zu realisieren. Auslandsstipendien von Bund und Ländern sind für die Förderung zeitgenössischer Kunst von zentraler Bedeutung. Bei der Weiterentwicklung unseres Kulturentwicklungskonzeptes legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung und Wahrnehmung zeitgenössischer Kunst aus Sachsen-Anhalt.

AfD

Die Steigerung der überregionalen Wahrnehmung bildender Künstler aus Sachsen-Anhalt ist in erster Linie deren Sache.

52. Wie stehen Sie zum Fach „Gestalten“ in unseren Grundschulen? Wäre es nicht besser, zu der früheren Aufteilung in „Kunst“ und „Werken“ zurückzukehren?

CDU

Die CDU hält an dem Fach „Gestalten“ in Abhängigkeit von der gesamten Stundentafel fest.

SPD

Dieses Anliegen ist bisher nicht an uns herangetragen worden. Wir werden das Anliegen aufgreifen und gemeinsam mit Künstler*innen und Grundschullehrer*innen über die konkreten Möglichkeiten der Ausgestaltung des Faches „Gestalten“ diskutieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir planen derzeit nicht, das Fach „Gestalten“ umzubenennen oder aufzuteilen.

DIE LINKE

Die Einführung des Faches „Gestalten“ als Ersatz für die zuvor erteilten Fächer „Kunst“ und „Werken“ kann von seiner inhaltlichen Ausrichtung her nicht überzeugen. Es eröffnet aber, wie in vielen anderen Fällen der Bildung von „Fächerbereichen“ auch, die Möglichkeit, in der Ausbildung auf den Bewerbermangel und später in den Schulen auf den nachfolgenden Lehrkräftemangel flexibler zu reagieren. Die Ausbildung in den Fächern „Kunst“ und „Musik“ liegt im Lehramt an Grundschulen und auch im Lehramt an Sekundarschulen schon immer weit unter dem Bedarf. Solange es nicht gelingt, hier eine deutliche Ausweitung in der Lehrerausbildung zu erreichen, wird es schwer, das Fach „Kunst“ wieder eigenständig im Fächerkanon zu etablieren.

AfD

Auf jeden Fall. Der gute alte Werkunterricht vermittelt eine technische Allgemeinbildung, die vor allem für die MINT-Fächer und technische Beruf unerlässlich ist. Das hat mit Kunst wenig zu tun. Wer beides in einem Fach „Gestalten“ zusammenwirft, verdirbt beides und vermittelt den Kindern weder Sinn für die Kunst noch technische Bildung.

53. Wie kann es gelingen, dass selbstständige Künstler*innen, die in der kulturellen Bildung tätig sind, von den öffentlichen Bildungseinrichtungen angemessene Honorare erhalten?

CDU

Es könnte eine Honorierung auf Stundenbasis und nicht im Rahmen einer laufenden Vergütung aus dem Landeshaushalt anzustreben sein.

SPD

Wir setzen uns für verpflichtende soziale Mindeststandards und Mindesthonorare beim Einsatz öffentlicher Mittel, insbesondere in der freien Kultur- und Projektförderung ein. Angebote der kulturellen Bildung werden über Honorarkräfte realisiert, die Künstler*innen oft zusätzlich als Nebenverdienst annehmen. Wenn die Arbeits- und Honorarbedingungen sowie der Verwaltungsaufwand problematisch sind, müssen die Abläufe analysiert und verbessert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kulturelle Bildung ist ein wichtiger Bestandteil der Kulturarbeit, der nicht nur Kinder und Jugendliche betrifft, sondern auch Erwachsenen zur Verfügung stehen soll. Leider ist es immer schwierig, wenn verschiedene Ministerien ein gemeinsames Thema zu verantworten haben, deshalb plädieren wir dafür, das Thema kulturelle Bildung in einem Ministerium anzusiedeln. Außerdem wollen wir den Einsatz von qualifiziertem, angemessen bezahltem Personal im Rahmen der kulturellen Bildung als festen Bestandteil an Schule und nicht nur als zeitliche begrenztes „Projekt“ zum Unterricht.

DIE LINKE

DIE LINKE setzt sich für verbindliche Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit sowie für branchenspezifische Honoraruntergrenzen ein. In den Zuwendungsbestimmungen des Landes müssen diese Untergrenzen, wie es beispielhaft bei der Freien Theaterförderung umgesetzt wurde, auch für den Bereich der Bildenden Kunst als Zuwendungsvoraussetzung verbindlich festgelegt werden.

AfD

Die Höhe der Honorare wird auf dem Arbeitsmarkt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgehandelt und richtet sich nach Angebot und Nachfrage.

Ländlicher Raum und kulturelle Teilhabe**Regionalspezifische Förderinstrumente**

*Eine regionalspezifische, unbürokratische und selbstermächtigende Förderung von Kultur und Kunst in ländlichen Räumen ist neben der notwendigen Stärkung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Faktoren ein bedeutsamer Bestandteil von regionaler Entwicklungspolitik. Eine Förderlandschaft unter verantwortungsvoller Einbeziehung lokaler Akteur*innen wie z. B. der kommunalen Verwaltung, dem intergenerativem Ehrenamt, der freien Kunst- und Kulturszene sowie Bürger*innen kann zu einem wichtigen Moment für gelebte Demokratie, regionaler Aufwertung und künstlerischer Freiheit werden.*

54. Welche regionalspezifischen Förderinstrumente und Strukturen würden Sie etablieren, um insbesondere Akteur*innen der kulturellen Bildung und der freien Kunst- und Kulturszene bedarfsgerecht zu unterstützen?

CDU

Die CDU hat das Ziel, eine enge Vernetzung der Fördervereine anzustreben. So sollten selbständige Kulturschaffende aus der Region spezifische Aufträge erhalten, die neue Felder für Kunst und Kultur und für neue Aktive eröffnen. Festgeschriebene Strukturen werden durch die CDU nicht angestrebt.

SPD

Die Förderung von Kunst und Kultur ist in erster Linie kommunale Aufgabe und hier sind die Kommunen frei, neue innovative Wege zu gehen, um Netzwerke abseits der bekannten Wege zu etablieren und neue Orte der Begegnung zu schaffen. Wir wollen kulturelle Angebote auch im ländlichen Raum erhalten und ehrenamtliche kulturelle Initiativen fördern. Die Nutzung von Orten im ländlichen Raum („Dritte Orte“) soll mit einem Landesprogramm gefördert werden. Wir wollen die freie Szene für den ländlichen Raum ertüchtigen und setzen uns für einen Mobilitätsfonds in Höhe von 100.000 Euro ein. Die soziokulturellen Zentren sind oftmals die einzigen Kulturorte und um die Soziokultur zu stärken, wollen wir ein Landesprogramm auflegen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreative Ideen für kulturelle Projekte scheitern oft an Geld, an Rahmenbedingungen oder bürokratischen beziehungsweise verwaltungstechnischen Hürden. Dabei gibt es zahlreiche Möglichkeiten der Förderung. Aber oft sind diese unbekannt oder Anträge sind unübersichtlich und schwer zu verstehen. Insbesondere in kulturellen Bereichen finden viele Projekte ehrenamtlich statt, und somit auch die Anfragen auf Förderungen. Wir wollen eine landesweite Beratungs- und Servicestelle für kulturelle Projekte schaffen, um Ehrenamtlichen Hilfestellung bei der Beantragung von Fördergeldern zu geben. Damit kann auch mehr Geld vom Bund, Stiftungen und EU-Fonds abgerufen werden.

DIE LINKE

Die LINKE verfolgt die Bildung von Kulturregionen, um der überregionalen Bedeutung von Kulturprojekten und -einrichtungen im Land durch ebenso überregionale Gestaltungs-, Finanzierungs- und Führungsmöglichkeiten Ausdruck zu verleihen.

AfD

Wir würden genau beobachten, welche derartigen Initiativen sich von alleine, ohne staatliches Zutun bilden, und dann jene Initiativen fördern, die schon ohne Förderung weit gekommen sind.

Zwischennutzung von Leerständen

55. Denken Sie, dass es sinnvoll wäre, kulturelle Zwischennutzungen von Leerständen zu ermöglichen bzw. zu vereinfachen oder diese sogar zu befördern?

CDU

Um kulturelle Zwischennutzungen von Leerständen zu ermöglichen bzw. zu vereinfachen oder diese sogar zu befördern, sind grundsätzlichen Absprachen mit dem Eigentümer und mit der Kommune notwendig, ohne die diese Projekte nicht realisiert werden können.

SPD

Es gibt einige kulturelle Initiativen, die verlassene Orte temporär für kulturelle und künstlerische Projekte und Aktionen nutzen. In Magdeburg macht dies seit Jahren der Kulturverein Kulturanker e.V., der u.a. das Altstadtkrankenhaus, die ehemalige JVA für Monate mit Kulturaktion zwischengenutzt hat. Wir unterstützen diese Ansätze ausdrücklich. Inwiefern eine Projektförderung möglich ist, muss individuell entschieden werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In Anlehnung an das Programm LeerGut in Thüringen wollen wir auch in Sachsen-Anhalt leerstehende Immobilien - sowohl Wohn- wie auch Nichtwohngebäude - im ländlichen Bereich, die das Ortsbild beeinträchtigen wieder mit Leben füllen. Damit wollen wir baukulturelles Erbe erhalten aber auch öffentliche und kulturelle Infrastruktur z. B. durch Coworking-Plätze Dorfgemeinschaftshäuser oder soziokulturelle Stätten wiederbeleben. Wir wollen Raumunternehmungen unterstützen und neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ermöglichen. Das Land sollte mit den Kommunen grundsätzlich nichtkommerzielle Begegnungsstätten, wie beispielsweise Vereins- und Projekthäuser oder Jugendclubs, unterstützen, indem Räumlichkeiten bereitgestellt werden. Der Umgang mit unserem Bestand ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

DIE LINKE

Im Sinne der kreativen Stadtentwicklung und zur Revitalisierung von z.B. Altstadtquartieren bzw. Leerstand im ländlichen Raum ist die kulturelle Zwischennutzung leerstehender Gebäude und Brachflächen Teil kreativer und nachhaltiger Stadt-Landentwicklung. Für die Standorte bieten diese Projekte Stabilisierung und Imagegewinn. Sie sind damit von öffentlichem Interesse und insbesondere für den kommunalpolitischen Wirkungskreis relevant. Voraussetzung für die kreative Zwischennutzung sind geeignete Rahmenbedingungen, die insbesondere den Eigentümern eine Freigabe zur Zwischennutzung erleichtern. (z.B. zeitliche Entbindung bei bestimmten Versicherungspflichten etc.) Eine aktive Einbindung von Expert*innen aus dem Kulturbereich in stadtplanerische Konzeptionierungen wäre sinnvoll, um die Bedürfnisse freier Kulturschaffender zu berücksichtigen.

AfD

Ja. Eine solche Nutzung nach dem Vorbild des Leipziger Vereins Haushalten ist zum Erhalt der Gebäude und zur Unterstützung der Kulturschaffenden sicher sinnvoll, allerdings sollte diese Aufgabe nicht einem privaten Verein überlassen, sondern durch eine öffentliche Stelle wahrgenommen werden.

Sicherung kultureller Teilhabe

56. Wie werden Sie kulturelle Teilhabe sicherstellen, damit „Kultur für alle“ zugänglich ist?

CDU

Die kulturelle Teilhabe ist aus Sicht der CDU bereits heute für alle sichergestellt. Sofern noch ein weiterer Handlungsbedarf besteht, muss dieser präzisiert werden, damit er umgesetzt werden kann. Die CDU wird die dafür notwendigen Maßnahmen grundsätzlich unterstützen

SPD

Wir stehen zu unserem Anspruch Kunst und Kultur für alle Bürger*innen zugänglich zu machen. Kunst und Kultur haben für uns als Werte- und Zielverständigung zentrale Bedeutung und unsere Demokratie kann nur funktionieren, wenn sie diese Werte lebt und jedem Einzelnen die Freiheit und Möglichkeit eröffnet, an ihr teilzuhaben, Positionen und Werte zu reflektieren und Orientierung zu geben. Trotz des vielfältigen öffentlichen Kulturangebots hat die kulturelle Partizipation in den letzten Jahren kaum zugenommen. Noch immer gilt, wer in frühen Jahren nicht ins Theater, in die Oper oder in Ausstellungen geht, tut dies meist auch später nicht. Die soziale Spaltung der Gesellschaft äußert sich auch in der kulturellen Teilhabe. Die Integrationsgeschichte zugewanderter Bürger*innen, die Anerkennung kultureller Vielfalt sowie interkulturelle Aspekte sollen stärker berücksichtigt werden.

Wir wollen die kulturelle Teilhabe stärken und planen zunächst eine Studie mit den Kultureinrichtungen (Theatern, Orchestern, Soziokultur, Museen etc.) zur Publikumsforschung, um Ideen für eine stärkere Kulturenutzung sowie eine stärkere Beachtung interkultureller Aspekte zu sammeln. Diese Ergebnisse und Empfehlungen sollen später entweder in ein eigenes Förderprogramm einfließen oder Bestandteil einer reformierten Fördersystematik werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kultur ist ein hohes Gut von Verfassungsrang, Teilhabe daran ein Menschenrecht. Unsere Kulturpolitik unterstützt daher Angebote von und Teilhabe für Angehörige aller Altersgruppen und Lebenswelten. Insbesondere Kinder und Jugendliche aller gesellschaftlichen Gruppen brauchen einen frühen und spielerischen Zugang zur Kultur – sowohl im urbanen wie auch in den ländlichen Räumen. Insbesondere in den ländlichen Räumen gehören kleine Museen und Bibliotheken zu wichtigen Orten der kulturellen Infrastruktur. Wir wollen ein Programm auflegen, damit Kommunen diese Orte zu Begegnungsorten für die ganze Gemeinschaft weiterentwickeln. So könnten dort Schüler*innen ihre Hausaufgaben machen oder auch Coworking-Spaces angedockt werden.

DIE LINKE

Künstlerisch-kreative Aktivitäten und Kulturelle Bildung sind wesentlich für die Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft, für soziale Teilhabe und Lebensqualität. Dementsprechend sollten künstlerische und kulturelle Angebote allen Bürger*innen, unabhängig von Alter, Herkunft, sozialem Hintergrund oder Geschlecht zugänglich sein. Aus unserer Sicht gibt es aktuell zahlreiche Hindernisse, die eine Zusammenführung von bestimmten Zielgruppen und Kunst- und Kulturakteuren erschweren. Das betrifft ganz besonders ältere Bürger*innen, Menschen mit körperlichen und/oder psychischen Beeinträchtigungen und auch Menschen mit Fluchterfahrung. Um Kulturangebote für alle Bürger*innen zugänglich zu machen, braucht es zunächst ein stimmiges Angebot. DIE LINKE wird in diesem Sinne ihr bestehendes Landeskulturkonzept zu einem zukunftsgerechten inklusiven Rahmenplan für die Kunst und Kultur in Sachsen-Anhalt fortentwickeln. Um dies zu erreichen, wollen wir gemeinsam mit den Kulturakteuren im Land die Förderbedingungen der unterschiedlichen Sparten ausdifferenzieren und Anreize schaffen, allen Bürger*innen Kunst- und Kulturangebote zu unterbreiten.

AfD

Kultur für alle kann es nicht geben. Kultur setzt ein gewisses Maß an Kultursinn und Anstrengung voraus, das niemals alle Menschen mitbringen. Wenn etwas für alle ist, ist es schon nicht mehr Kultur.

Barrierefreiheit**57. Wie lassen sich Barrieren, beispielsweise für Kulturschaffende mit Behinderung, abbauen?****CDU**

Wir werden in der HU Bau darauf achten und die Kommunen dabei unterstützen, Barriere für beispielsweise für Kulturschaffende mit Behinderung abzuschaffen. Dieses Anliegen wird bereits ganz allgemein und aber auch im Besonderen praktiziert.

SPD

Um kulturelle Teilhabe für alle zu gewährleisten, setzen wir uns für Barrierefreiheit in den Einrichtungen und bei Veranstaltungen ein. Barrierefreiheit bedeutet nicht nur den unmittelbaren Zugang, sondern umfasst auch den digitalen Bereich, Hilfen zum Hören und Sehen, Mobilität und Sprache. Wir wollen zudem ein Förderprogramm für mehr Barrierefreiheit in Kultureinrichtungen auflegen. Wir unterstützen auch das kulturelle Schaffen von Menschen mit Beeinträchtigungen. In welcher Form das geschehen kann, wollen wir mit den Künstler*innen besprechen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Damit Jede*r, ob als Kulturschaffende*r oder als Kulturkonsument*in, einen einfachen Zugang zu Kultur hat und die Angebote gestalten und nutzen kann, müssen bestehende soziale, finanzielle oder bauliche Hürden abgebaut werden, etwa durch den kostenlosen Eintritt für Schüler*innen und Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten, in Museen in öffentlicher Hand.

DIE LINKE

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass kulturelle Einrichtungen barrierefreie Zugänglichkeit vorhalten. Wir wollen, dass sich Förderpraxis des Landes diesem Anspruch anpasst. In Sachsen-Anhalt gibt es mittlerweile zahlreiche Akteure, die sich um inklusive Kulturarbeit und kulturelle Bildung bemühen. Wir setzen uns für die Förderung dieser Akteure und Angebote sowie für die Schaffung eines Nachteilsausgleichs beim Zugang kultureller Einrichtungen und kultureller Bildungsangebote ein. Besondere Förderung sollte es für kulturelle Angebote geben, die so gestaltet sind, dass jede und jeder ungehindert Zugang hat und die sich sowohl an Menschen mit als auch ohne Behinderungen richten.

AfD

In der gleichen Weise, wie sich Barrieren für alle Behinderten abbauen lassen. Das ist eine sozialpolitische, keine kulturpolitische Frage.